

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Partei  
in der tschechoslowakischen Republik.

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:  
monatlich . . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährlich . . . . . 96.—  
jährlich . . . . . 192.—

Rückstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich früh.

## Ein Schritt zum Frieden?

Was bedeutet Genf für den Frieden?  
Sind die dort auf der vor einigen Tagen be-  
endeten Völkerverammlung gefassten Be-  
schlüsse wirklich der Anfang einer neuen Zeit,  
in der die Völker nicht mehr wie bisher ihre  
Streitigkeiten mit Gewalt und List austragen  
werden? Sind die Verhandlungen von Genf als  
ein gewaltiges Ringen um Frieden, Abrüstung  
und Sicherheit zu werten, oder nur als ein  
Verzicht, den nach Abschluss des Weltkrieges  
erschöpften kapitalistischen Großstaaten im In-  
teresse der herrschenden Klassen eine Erholungs-  
pause zu sichern? Kann überhaupt, solange die  
kapitalistische Gesellschaftsordnung besteht, der  
Friede dauernd verankert werden? Und lohnt  
es sich, die Bemühungen auf Sicherung des  
Friedens, auf Verwirklichung des Völkerver-  
tragsideals, zu fördern und zu unterstützen? Alle  
diese Fragen haben die Verhandlungen der  
Völkerverammlung, die sich wochenlang mit  
einer der größten Schicksalsfragen der Kultur-  
menschheit beschäftigte, aufgeworfen und sie  
werden auch in der sozialistischen Welt eifrig  
diskutiert.

Das Ergebnis von Genf läßt sich wie folgt  
zusammenfassen: Von nun an besteht für die  
dem Völkervertrag angehörenden Staaten der  
Zwang, alle Streitfälle vor das internationale  
Schiedsgericht zu bringen. Von nun an wird  
jeder Staat, der sich weigert, die Entscheidungen  
dieses Schiedsgerichtes anzuerkennen und zu  
einem Akt kriegerischer Gewalt schreitet, als  
Angreifer behandelt und bestraft. Der Völkerver-  
trag wird eine Abrüstungskonferenz folgen,  
die in gewissen Zeitabschnitten fort-  
gesetzt werden soll und die Frage der Ab-  
rüstung der bestehenden Heere behandeln wird.  
In der Schlussföhrung wurde mit allen Stimmen  
das Schiedsgerichtsprotokoll, das anfangs viel  
umkämpft wurde, angenommen. Will man  
dieses Ergebnis richtig einschätzen, muß man  
sich vor Augen halten, daß noch vor zehn  
Jahren jeder Versuch der Erörterung der  
Frage, Krieg durch Schiedsgerichte aus der  
Welt zu schaffen, von allen „Machgebenden“  
verhöhnt und verlächt worden wäre, während  
sich heute die ernstesten Staatsmänner mit  
dieser Frage beschäftigen und für sie eine  
Lösung suchen. Noch läßt sich über das weitere  
Schicksal des Protokolltextes nichts Entschlie-  
dendes voraussagen, aber es ist doch voll anzuerkennen,  
daß der Völkervertrag mit seiner Ausarbeitung  
und Annahme bedeutsame Arbeit von geschicht-  
licher Tragweite geleistet hat. Er hat damit  
zum erstenmal den Beweis erbracht, daß er  
in der Hand der Weltpolitik ein neues, ge-  
wichtiges Instrument werden kann. Das  
Schiedsgerichtsprotokoll mag in der Zukunft  
noch manchen Wechselfällen ausgesetzt sein,  
auch seine endgültige Annahme durch die Par-  
lamente und Regierungen der einzelnen Staaten  
wird noch manche Schwierigkeiten vorfinden,  
denn die durch das Protokoll den Staaten aufer-  
legte Verpflichtung, ihre militärischen Machtmittel  
dem Völkervertrag zur Durchführung seiner  
Entscheidungen beizustellen, wird in manchen  
Staaten auf Heimmisde stoßen, aber wenn auch  
noch schwere Kämpfe bestehen, wird doch kein  
Staat wagen, die getroffenen Abmachungen auf  
Anerkennung des zwangsweisen Schiedsgerichts-  
verfahrens abzusehen und die Verantwortung  
für ihr Scheitern auf sich zu laden. Was die  
Genfer Völkervertragskonferenz um die Erhaltung  
des Friedens und die militärische Abrüstung  
unternahm und für sie an Arbeit leistete, läßt,  
wenn auch die Abrüstung noch lange auf sich  
warten lassen dürfte, die Lage als gebessert er-  
scheinen, zwingt zu der Anerkennung, daß in  
früher ungeahntem Maße zahlreiche und starke  
politische Kräfte an der Sicherung des Friedens  
tätig sind. Die Bedeutung dieser Tatsache darf  
nicht verkannt werden und muß die nachhaltigste  
Unterstützung finden, auch wenn man durch die  
Einföhrung des zwischenstaatlichen Schieds-  
gerichtsverfahrens die Kriegsgefahr als noch  
keineswegs gebannt ansehen kann.

## Rechenschaftsbericht der Labour Party

Rede Macdonalds auf dem Parteitag. — Der liberale Antrag eine  
Beleidigung. — Gegen den Kommunismus. — Zuversicht in den Wahlkampf.

London, 7. Oktober. (Eigenbericht.) Der  
Parteitag der Labour Party wurde heute in  
Anwesenheit des gesamten Kabinetts und einer  
Reihe ausländischer Gäste, darunter Edward  
Bernstein und Konstantin von Radebeurg, der  
unter stürmischen Beifall dem Vorsitzenden ge-  
wählt wurde, eröffnet.

Macdonalds führte aus, er sei der Mei-  
nung, die Regierung der Arbeiterpartei werde  
auf die analogen Bewegungen und politischen  
Auffassungen in der ganzen Welt ermutigt wer-  
den. Die Regierung gebe sich zwar nicht der  
Hoffnung hin, eine neue Welt hervorzuzaubern,  
aber sie hoffe doch, daß die alte Welt sich dem  
neuen schöpferischen Gedanken zugänglich zeigen  
würde.

In Fortsetzung der Befriedigungsarbeit der  
Regierung haben wir

die russische Regierung anerkannt,  
weil sie die tatsächliche Regierung von Rußland  
war. Als die Verhandlungen über den englisch-  
russischen Vertrag geführt wurden, waren im  
Lande Kräfte am Werke, die bereit waren, jedes  
nationale Interesse ihrem eigenen Vorzweck zu  
opfern.

Das Land wünscht nicht durch Wahlen, die wir  
niemals gesucht haben, in Unruhe gebracht zu  
werden. Die Regierung aber kann nicht ohne  
Selbstprüfung ihr Amt weiterführen. Der konser-  
vative Wahltrahensantrag war unrichtig, der  
liberale Vorschlag aber, im Falle des „Worters  
Beeth“ eine Untersuchung einzusetzen, ist eine  
Beleidigung.

Der liberale Antrag sei ein parteital-  
tisches Manöver, um die Arbeiterregierung  
zu kompromittieren. Kommt es zu Wahlen, so

Mit radikal klingenden Schlagworten und  
mit negativen Formeln läßt sich zwar das  
Problem der Aufrechterhaltung und Organisa-  
tion des Friedens wunderbar leicht abtun. Man  
erklärt diejenigen, die einer Wiederholung der  
Wechselei, wie sie der Weltkrieg war, verhindern  
wollen, als „weltfremde Idealisten“ und „Alto-  
pisten“ und erklärt den Krieg als ein „ewiges  
Naturgesetz“ zur kulturellen Höherentwicklung  
der Völker, wie es die Nationalisten in allen  
Ländern tun, oder man erklärt es schlichtweg  
als ein „Gesetz des Kapitalismus“, der immer  
neue Kriege, neues Nordens hervorruft, muß,  
insolange nicht an Stelle der kapitalistischen  
Wirtschaft die Diktatur des Proletariats geteilt  
sei, wie die bolschewistische Weltanschauung be-  
hauptet. An der Verkündung solcher systema-  
tischer und starrer Formeln mögen sich jene  
erfreuen, welche aus dem Herceinbruch einer  
neuen Kriegskatastrophe selber Nutzen zu ziehen  
hoffen, sie sagen aber den andern, die auch  
noch ehe die kapitalistische Wirtschaftsordnung  
ihren Weg vollendet haben wird, der Menschheit  
die Wiederkehr der Kriegsgefahr nach Möglich-  
keit erparen wollen, zu wenig. Niemand wird  
leugnen, daß das gegenwärtige soziale System  
zwischen den Staaten und auf den Wirtschaftsmärkten  
im Konkurrenzkampf immer neue  
Konflikte erzeugt, die die Gefahr von Kriegen  
in sich bergen, aber doch gibt es auch unter  
den Sozialisten viele, welche meinen, daß der  
Kapitalismus nicht immer und notwendig  
der Krieg der Waffen zwischen den Völkern  
sein muß. Wäre dies der Fall, wozu brauchte  
die Arbeiterschaft sich dann um den Frieden  
zu bemühen, wozu würde es nützen, auf die  
äußere Politik der Staaten Einfluß zu ge-  
winnen, wenn doch, wie ein ewiges Naturgesetz,  
aus den Konfliktstoffen, welche der Kapitalis-  
mus schafft, Kriege entstehen müssen? Eine  
Verachtungsweise des Problems, wie die kom-  
munistische, macht vielleicht auf manchen den  
Eindruck der Tiefgründigkeit, ist aber doch nur  
oberflächlich, doktrinär und falsch. Sie ist dem  
Fatalismus gleichzusetzen, der alles als un-  
abänderliche Fügung hinnimmt, es gibt aber

würden sie denen die Antwort bringen, welche die  
Parteiaktivisten über die Interessen der Nation gestellt  
haben.

In weiteren Verlaufe seiner Rede erwähnte  
der Premierminister, die Regierung habe  
in der auswärtigen Politik

gegen sehr störende Kräfte ankämpfen müssen.  
Auf das Werk der Regierungsdelegation in Genf  
können auch alle Delegationen stolz sein, die sich  
mit der Arbeiterpartei vereinigt hätten, um den  
Frieden zu suchen.

Es sei zu hoffen, daß der Sachverständigenrat  
mit seiner Kontrollmaschine Europa zur  
Vernunft zurückbringen werde.

Die Reichsdeutsche Zeitung in Straßburg, habe zwar  
Deutschlands Bedeutung als Konkurrent vermin-  
gert, dadurch aber auch England geschwächt. Auf  
eins müsse insbesondere aufmerksam gemacht wer-  
den: die dänischen Unernehmer bemühen die Not-  
wendigkeit, Reparationen zu zahlen, als Vorwand,  
um die Löhne zu drücken, die Arbeitszeit zu ver-  
längern und die Ausbeutung der deutschen Ar-  
beiterschaft zu verstärken. Das sei aber keine not-  
wendige Folge der Reparationen. Macdonald  
hofft, daß die Arbeiterschaft anderer Länder die  
hier typisch kapitalistischen Ausrede für die Unter-  
drückung der deutschen Arbeiterschaft keine mora-  
lische Unterstützung gewähren werde; die niedrige  
Lebenshaltung in Deutschland sei nicht nur eine  
Bedrohung für Zentraluropa, sondern auch für  
die Lebenshaltung der Arbeiterschaft in allen an-  
dern Ländern.

In schärfsten Worten wandte sich  
Macdonald gegen den Kommunismus;  
die Arbeiter müßten mit allen Mitteln gegen die

den, auch ehe noch der Kapitalismus nieder-  
geworfen ist, politische und soziale Vor-  
beugungsmaßregeln, um Kriegsgefahren und  
Kriegsgefahren jetzt schon konkret zu be-  
kämpfen und den Frieden zu sichern.

Niemand wird sich verhehlen, daß der  
Völkervertrag in seiner jetzigen Zusammenfassung  
und unter den gegenwärtigen Verhältnissen  
kein Ideal ist, und daß er nur als ein höchst  
unvollkommener Anfang angesehen werden  
kann. Dem Völkervertrag gehören heute sieben-  
undvierzig Staaten an und ebenso viele haben  
in Genf das Schiedsgerichtsprotokoll unter-  
schrieben, aber drei große Staaten gibt es,  
Amerika, Deutschland und Rußland, die noch  
außerhalb des Völkervertrages stehen und ohne  
deren Beitritt das Instrument des Völkerver-  
trages ein unvollkommenes bleiben muß. Am  
heftigsten ihm der Fehler an, daß durch das von  
ihm beschlossene Schiedsgerichtsverfahren das  
System von Friedensverträgen geschwächt und  
beseitigt werden soll, nicht aber eine wirklich  
gerechte Ordnung der europäischen Verhältnisse.  
Er ist auch belächelt durch seine Herkunft, durch  
die Erblichkeit des Krieges, der ihn geboren hat.  
Dennoch ist der Völkervertrag ein erster Ver-  
such zu einer internationalen Staatenorganisa-  
tion und wenn er auch noch schwach, fehlerhaft  
und oebredlich ist, so muß doch dieser Versuch  
alle Unterstützung finden. Die Erwartungen,  
die an den Völkervertrag und seine Beschlüsse  
geknüpft werden, dürfen nicht zu hochgepannt  
sein und der erste Wurf mag vielleicht miß-  
lingen und enttäuschen. Aber darum soll und  
muß der Versuch als begründenswerter Schritt  
auf dem Wege zum Weltfrieden doch gemacht  
werden! Die Schwierigkeiten sind gewaltig,  
wie bei jedem neuen und großen Gedanken,  
doch der Glaube an die Zukunft darf nicht auf-  
gegeben werden. Der Genfer Beschluß ist ein  
Anfang der Erfüllung des Gedankens einer  
entwaffneten Welt, einer Welt des Friedens  
und es wird nicht zuletzt von der Einsicht und  
Kraft der Arbeiterschaft abhängen, daß dieser  
Gedanke zur Wahrheit und Wirklichkeit werde!

## Der Porzellanarbeiterstreik.

Karlsbad, 7. Oktober. (Eigenbericht.) Die  
Ausstandsbebewegung nimmt eine immer größere  
Ausdehnung an. In der gestrigen Meldung ist  
noch nachzutragen, daß auch die Arbeiterschaft der  
Firma Haas und Ritzel in Schladenwerth  
in den Ausstand getreten ist. Im Laufe des  
gestrigen Tages ist hinzugekommen die Arbeit-  
erschaft der Firmen Theodor Pohl in Schaplar,  
Groschel in Toppoles, Concordia in Veslau,  
Platz und Gläbner in Budau. Mit Aus-  
nahme einiger kleinerer Betriebe, welche für die  
Gesamtporzellanerzeugung nicht in Frage kom-  
men, steht also die gesamte Porzellanindustrie  
still. Mehr als 10.000 Arbeiter sind davon be-  
troffen.

Wie zu erwarten war, hat der Arbeitgeber-  
verband bereits seine Maßnahmen getroffen. Die  
Arbeiter wurden bei den einzelnen Bezirksfran-  
kenkassen abgemeldet. Die erste Tat der Unter-  
nehmer nach Ausbruch des Streikes war, die Re-  
gierung in Prag um Gendarmereischutz gegen die  
eigene Arbeiterschaft zu ersuchen. Die Unter-  
nehmer berufen alles, um die Angehörigen der Be-  
triebe vor Streikbrecherarbeit heranzuziehen. Es  
muß hier festgestellt werden, daß sich ein Teil der  
Angestellten energisch dagegen verwehrte, Streik-  
brecherdienste zu leisten.

Methoden der Diktatur, der Verschömnungen und  
Gewaltanwendungen kämpfen.

In einer Resolution sprach der Kongreß Mac-  
donalds und der Regierung vollstes Vertrauen  
aus. In einem Wahlkampfe werde alles daran-  
gesetzt werden, um die Fortsetzung der Politik  
der Arbeiterregierung zu ermöglichen.

Der Kongreß schloß ferner den Antrag auf  
Aufnahme der kommunistischen Partei in die Ar-  
beiterpartei mit über drei Millionen Stimmen  
gegen 90.000 ab; ferner wurde bestimmt, daß  
Kommunisten, die Mitglieder der Arbeiterpartei  
sind, nicht als Kandidaten aufgestellt werden  
sönnen.

## Die Potsdamer Versammlung ruhig verlaufen.

Potsdam, 7. Oktober. (Beif.) Die von der  
deutschen Liga für Menschenrechte heute abends ver-  
anstaltete Kundgebung im Gewerkschaftshaus, sowie  
eine parallele Versammlung für Mitglieder des  
Reichsbanners Schwarz-rot-gold verliefen ruhig.  
Im Gewerkschaftshaus sprachen Reichstagsabgeord-  
neter Loebe, Prof. Viktor Bafsch von der Sor-  
bonne in Paris und der Präsident der französischen  
Liga für Menschenrechte Buisson. Sämtliche  
Reden, die in der Aufforderung gipfelten: „Deutsch-  
land und Frankreich, vereint Euch im Völkervertrag!“  
wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Auf  
der Straße hielten 500 Schutzwolffisten die Ordnung  
aufrecht. Am 21. Nov. letzte Potsdam wieder sein  
gewöhnliches Aussehen.

## Pafse für eine Militärdiktatur.

Belgrad, 7. Oktober. Das in Zagreb er-  
scheinende regierungsfreundliche Blatt „Hrvat“  
berichtet, daß die Regierung ein von Pafse und  
Bridicevic mit mehreren aktiven Generalen  
angezettetes Komplott aufgedeckt habe, das  
die gewaltsame Beseitigung der Regie-  
rung Davidovic und die Ausröchtung einer  
militärischen Diktatur bezwecke. An-  
geklagt soll die Verschömnung auch gegen das  
Königshaus gerichtet gewesen sein. Auch das in  
Belgrad erscheinende Regierungsorgan „Demo-  
kracija“ wendet sich gegen die Bestrebungen  
Pafses und Bridicevics, das gegenwärtige kroa-  
tenfreundliche Regime und die Schaffung eines ver-  
einigten nationalen Blocks durch Anwendung  
militärischer Machtmittel fözgen zu wollen.

## Hebergabe der ostchinesischen Eisenbahn an Rußland.

Moskau, 7. Oktober. (M.A.) In Moskau  
wurde zwischen dem Vertreter Sowjetrußlands  
und dem Gouverneur der Mandschurei Tschaochin  
ein Übereinkommen betreffend die Hebergabe  
der ostchinesischen Eisenbahn in das  
Eigentum des Sowjet-Bundes ge-  
troffen. Es wurde ein neuer Verwaltungsaus-  
schuß eingesetzt, in dem sich chinesische und Sow-  
jetrußland befinden, und der sofort den obersten  
Leiter der Bahn, den Reichsgrafen Ostrowski,  
von seinem Posten entließ und Jwanow zum  
neuen Leiter ernannte.

# Vor Neuwahlen in England.

Von unserem Londoner Korrespondenten.

Kommenden Dienstag wird Macdonald den Parteitag der englischen Arbeiterpartei eröffnen. Am Tage darauf wird er voraussichtlich die Abstimmung des Unterhauses entgegennehmen, die ihn zwingt, dem König die Auflösung des Parlaments zu empfehlen. Der Parteitag der englischen Arbeiterpartei wird der Auftakt des englischen Wahlkampfes sein.

Herbeigeführt ist diese Wendung durch den Entschluß der Liberalen, in deren Händen von Anfang an das Schicksal der englischen Arbeiterregierung lag. Aber die Haltung und Entscheidung dieser Partei ist weniger durch ihre Kraft als vielmehr durch ihre Schwäche herbeigeführt: von Wählern im Inneren zerrissen, von keiner lebendigen Kraft mehr befeuert und nur von Erinnerungen zusammengehalten, hat sie mit jedem Tage mehr zu befürchten. Deutlich ist, daß Asquith, ihr eigentlicher Führer, sich erst nach langem Schwanken entschlossen hat, der Politik der Partei die jetztige Wendung zu geben, und daß er dies eigentlich nur tat, nachdem Lloyd George ihn durch einen Vorstoß gezwungen hatte, ihm entweder zu folgen oder die Einheit der Partei zu wahren. Die Schwäche der Partei, die eine solche Kompromittierung kaum mehr ausgehalten hätte, entschied: Asquith warf das ganze Gewicht dieser Schwäche Lloyd Georges großen Worten nach. Dabei ist es ein offenes Geheimnis, was eigentlich Lloyd George zu seinem Vorgehen angetrieben hat: Asquith ist 72 Jahre alt und in keinem Wahlkreis nicht fähigsteht — würde er doch das letzte Mal nur infolge einer Unzulänglichkeit in den Reihen der Arbeiterpartei gewählt. Lloyd George, der selbst nicht mehr viele Jahre zu warten hat, will noch einmal Führer werden. So erging er, was vielleicht der politische Selbstmord Asquiths, vielleicht der der liberalen Partei ist.

Unter diesen persönlichen Gründen stehen die sachlichen und hinter diesen die geschichtlichen. Der Anlaß, aus dem die Regierung am kommenden Mittwoch für ein Jahr aufgelöst werden soll, ist noch außen hin klein und merkwürdig. Wir haben einmal erzählt, daß ein Redakteur des englischen kommunistischen Wochenblattes wegen eines an die Soldaten gerichteten Aufrufes, auf Streikende nicht zu schießen, angeklagt, die Anklage gegen ihn aber mit der auffallenden Begründung zurückgezogen wurde, daß er selbst ein im Kriege ausgezeichnetes Soldat gewesen sei und daher ohne „bösen Voratz“ gehandelt haben müsse. Hinter diesem Rücktritt von einer Strafverfolgung, der eine sehr geschickte Form der politischen Verfassung war, wittern nun die Bürgerlichen eine unzulässige Einflussnahme auf die Gerichtsbarkeit. Sie behaupten, der Rücktritt sei durch Eingreifen anderer Personen — des radikalen Flügel der Arbeiterpartei — erwirkt worden und an den Generalstaatsanwalt Patrick Hastings dafür verantwortlich. Die Konservativen haben ein ausdrückliches Mißtrauensvotum gegen die Regierung eingebracht, die den Generalstaatsanwalt natürlich deckt, die Liberalen einen Antrag auf Einsetzung einer Untersuchungskommission. Das eine oder das andere wird zweifellos von beiden bürgerlichen Parteien angenommen werden; und da die Regierung auch eine Untersuchungskommission in der vorgeschlagenen Form nicht zustehen will, so wird — falls die Liberalen nicht noch bis dahin ihren Antrag abändern — die Arbeiterregierung in einer Vertrauensfrage der bürgerlichen Mehrheit unterliegen.

Aber auch wenn sich die Situation bis zum Mittwoch noch ändern sollte und die Regierung nicht über diese Frage fällt, ist es nur ein Auf-

# Die Richtlinien des Reichstanzlers.

## Die Volksgemeinschaft an den Deutschenationalen geliebert.

Berlin, 7. Oktober. (Eigenbericht.) Die vom Reichstanzler als Grundlage für die Regierungs- und Verfassungsänderung aufgestellten Richtlinien werden den Parteien morgen früh zugestellt werden. Ueber ihren Inhalt wird bekannt, daß sie als selbstverständliche Voraussetzung für eine Koalition der Volksgemeinschaft

das grundsätzliche Kennzeichen zur gegenseitigen

Vertragschaft auch zur Weimarer Verfassung

reflex angeführte Londoner Abkommen soll die maßgebende Grundlage für die Führung der auswärtigen Politik sein. Daraus ergebe sich als selbstverständlich die

loyale Durchführung der Darlehensgesetze.

Innenpolitisch soll eine

gerechte Verteilung der Steuerlasten

erfolgen unter Berücksichtigung der sozial schwächeren Schichten des Volkes. Auch der Zolltarif und wirtschaftliche Fragen sind darin enthalten. Die Richtlinien bilden ein Programm in großen Umrissen; Einzelfragen sollen erst

später behandelt werden. Nach der ganzen Haltung der Deutschenationalen ist jetzt schon klar, daß die auf Grund dieser Richtlinien vom Reichstanzler angestrebte sogenannte Volksgemeinschaft nicht erreicht werden wird. Das Ziel der Deutschenationalen ist nicht die Volksgemeinschaft, sondern ein Block der Reaktion.

## Auch die englische Antwort eingetroffen

London, 7. Oktober. (Eigenbericht.) Die Antwort der englischen Regierung auf die deutsche Note wegen des Eintrittes in den Völkerbund ist heute dem deutschen Botschafter in London überreicht worden. Die Note erklärt, daß über die Bedingungen des Eintrittes Deutschlands in den Völkerbund und nicht die einzelnen Mitglieder zu entscheiden hätten, und schließt mit der Hoffnung, daß Deutschland eintreten werde. Sie versichert ferner, daß keinerlei Schwierigkeiten beständen, daß Deutschland einen ständigen Sitz im Völkerbunde erhalte.

## Internationaler Kongress proletarischer Freidenker in Wien.

Wien, 7. Oktober. (Eigenbericht.) Sonntag begann in Wien die Verhandlungen des Internationalen Kongresses proletarischer Freidenker, zu dem gegen 200 Vertreter aus Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, der Tschechoslowakei und aus Österreich erschienen waren. Der erste Punkt der Tagesordnung behandelte das Thema: Sozialismus und Freidenkertum, wobei der Referent Krifche-Berlin auf die doppelte Aufgabe der proletarischen Freidenkerbewegung hinwies, die geistige Befreiung durch Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse zu fördern und gleichzeitig den autoritativen Gottesglauben zu überwinden. Ueber die Frage der Trennung von Kirche und Staat berichtete Hartwig-Briinn, nach dessen von Beifall unterbrochenen Ausführungen eine Resolution angenommen wurde, in der es heißt:

Die proletarischen Freidenker verlangen im Wege der Gesetzgebung die Entpolitisierung der Kirche. Der Satz „Religion ist Privatsache“ darf kein Freibrief sein für politische Wählerarbeit des Klerus. Religion wird erst dann Privatsache sein, wenn nachstehende Forderungen erfüllt sein werden: 1. Vor dem Gesetz sind alle Staatsbürger und staatsbürgerlichen Vereinigungen gleich. 2. Die Er-

hebung des Glaubensbekenntnisses darf nur zu öffentlich-statistischen Zwecken erfolgen. 3. Die Anbringung religiöser Symbole ist nur an Kultusmächten denerde Gebäude erlaubt. 4. Kirchen und Religionsgesellschaften unterstehen dem Vereinsgesetz. 5. Öffentliche Funktionen und Beamte dürfen in dieser Eigenschaft an kirchlichen Veranstaltungen nicht offiziell teilnehmen. 6. Keine diplomatischen Beziehungen zum Vatikan. 7. Konfessionsloser Unterricht an öffentlichen Schulen. 8. Religionsunterricht ist Privatunterricht. 9. Abschaffung der theologischen Fakultäten. 10. Obligatorische Zivilehe, Maritimenführung durch öffentliche Behörden. 11. Besteuerung des Kirchenvermögens wie andere Vermögen. 12. Abschaffung der kirchlichen Feiertage als staatliche Ruhe Tage.

## Rücktritt des ungarischen Außenministers

Budapest, 7. Oktober. (M.Z.) Das ungarische Telegraphen-Bureau meldet: Der Reichsverweser hat dem Minister des Äußern Dr. Daruvarc von seinem Posten über eigenes Ansuchen aus Gesundheitsrücksichten entbunden und ihn für seine geleisteten Dienste volle Anerkennung und Dank ausgesprochen. Mit der interimistischen Leitung des Ministeriums des Äußern wurde Ministerpräsident Graf Bethlen betraut.

schub. Am 30. Oktober tritt das Parlament wieder zusammen, um den englisch-russischen Vertrag zu beraten. Und da die Liberalen diesen Vertrag in seiner gegenwärtigen Form ablehnen, die Konservativen ihn von Anfang an mit Erbitterung bekämpft haben, ist das Schicksal der Regierung auch dann besiegelt. Macdonald hat die Wahl, ob er über den kommunistischen Redakteur oder den Vertrag mit dem bolschewistischen Russland fallen will.

Wer den Charakter der englischen Arbeiterregierung mit diesen Anlässen ihres Sturzes vergleicht, dem mag es zunächst wie ein Witz der Weltgeschichte erscheinen: daß in dem Lande der ältesten Demokratie von der grundsätzlich reformistischen englischen Arbeiterpartei ein Wahlkampf um die Straflosigkeit eines Kommunisten oder um

die Freundschaft mit der Regierung der Bolschewiki geführt werden soll. Ja, man könnte geradezu sagen, daß die Labour Party mehr oder weniger geschickt von beiden Seiten, von Bürgerlichen und Bolschewisten in diese Situation hineingemordert wurde. Dem Bild, der über die beinahe komischen Verleumdungen des Vordergrundes hinausdringt, eröffnet sich indes eine weitere Perspektive. Seit der Aufrikelung des Massenbewußtseins im Kriege, führt die englische Arbeiterklasse den Kampf gegen den britischen Imperialismus. Seit Jahrzehnten ist der britische Imperialismus nach dem Osten gerichtet. Seit der russischen Revolution hat keine revolutionäre politische Bewegung gegen Russland, mit dem er um Asien kämpft, eine soziale Prägung erhalten. Seit sechs Jahren mühen die englischen Arbeiter immer wieder die

Veruche der englischen Kapitalisten abzuwehren, die konterrevolutionäre Intervention nach Sowjetrußland zu tragen. Für den englischen Arbeiter, der seine Pflicht im Massenkampf tut, ist Rußland zu einem Zubehörfuß geworden, den er, ohne ihn recht zu kennen, ja ohne sich viel um seine Beschaffenheit zu kümmern, als den Gegner seines Gegners, als das Symbol seiner eigenen Aufgabe im Massenkampf empfindet. So entsteht der Widerspruch, daß der englische Arbeiter von allen seinen europäischen Genossen am weitesten vom Bolschewismus entfernt ist und doch oder gerade darum am meisten Sympathie für ihn hat. Die kommunistischen Methoden sind dem englischen Wesen vollständig fremd. Die Diktatur des Proletariats für die englische Arbeiterpartei eine leere und beinahe lächerliche Theorie; aber Rußland ist für die englischen Arbeiter etwas, was die englischen Kapitalisten hassen.

So ist es begreiflich und bezeichnend, daß sich der kommende englische Wahlkampf gerade um die russische Parole abspielen soll, und daß sich die englische Bourgeoisie gerade diesen Anlaß ausgesucht hat, um sich gegen die Arbeiterregierung zu vereinigen: an dieser Scheidelinie zieht sich die Front des Wahlkampfes als die Front des Massenkampfes. So laßt der kommunistische Redakteur zu einem Objekt des Kampfes der nicht-kommunistischen englischen Arbeiterschaft mit der englischen Bourgeoisie werden. So wird Rußland zu einer innerenglischen Angelegenheit. Dies ist im gegenwärtigen Augenblick, da das wirkliche Rußland in Georgien Geiseln erschreibt und die russischen Sozialisten auf den Teufelskuhlen im Weichen Meer den Hungerstreik führen, international gesehen, ein keineswegs einfaches Problem; denn es ist klar, daß die einfache Mechanik des Wahlkampfes die sentimentalischen Sympathien für die Bolschewiki, die die englische Arbeiterpartei von den meisten sozialistischen Parteien unterscheidet, noch bedeutend stärken muß. Indes hat das, was als eine Beschränkung der Engländer auf ihre eigenen Interessen erscheint, diese Umformung einer Frage der internationalen Arbeiterbewegung in eine der nationalen innerenglischen Politik, doch auch noch eine andere Rechtfertigung: Die europäische Politik der englischen Arbeiterpartei, so unzulässig sie sich manchmal in der Diplomatie der englischen Arbeiterregierung ausdrücken mochte, ist die Herstellung des Friedens. Sie hat in der Lösung der Reparationsfrage, in der Abrüstungsfrage, in den Problemen des Westens einen beträchtlichen Erfolg erzielt. Sie will nun auch in den verwinkelten Fragen des Ostens beschwichtigend und drohende Gefahren abwenden. Zu diesem Zweck will sie mit Rußland Frieden und Vertrag.

Die weit diese Auffassung mit den geschichtlichen Tatsachen übereinstimmt, wird die künftige Entwicklung lehren. Wir aber sind Zeugen, wie sich die parasitische Ideologie und das reaktionäre Klassenempfinden der englischen Arbeiter unter vielen Reibungen, Verleumdungen und Widersprüchen, einen Ausdruck in dem Wahlkampf um Herrn Campbell, den kommunistischen Redakteur oder um die 30-Millionen-Pfund-Anleihe der russischen Regierung schaffte. Stärkt die Regierung wirklich über den nichtbestraften Kommunisten, so ist der Anlaß zu klein, um damit wirklich eine Wahlkampagne zu führen, auch ist die Forderung nach der Bestrafung wegen eines Artikels im Lande der freien Meinungsäußerung durchaus nicht populär. In diesem, für die Bürgerlichen eigentlich ungünstigeren Falle würde sich also die Wahlsparole ganz von selbst erweitern: der englisch-russische Vertrag würde auf jeden Fall im Wahlkampf eine Rolle spielen, aber nicht minder die Leistungen der Arbeiterregierung überhaupt, ihre unabweisbaren Erfolge in der

## Der Abirische Expreß.

Roman von Franz Heller.

Copyright by G. Müller, München.

Nun komme ich zur dritten Sache. Ich weiß nicht, ob die Bolschewiken stark aenna sind, sich in Danzig zu behaupten. Ich halte mehr von den Polen. In zwei Tagen kommt ein französisches Geschwader her. Dieses französische Geschwader ist dazu bestimmt, die Polen bei ihm Angriff auf Danzig zu unterstützen — inoffiziell. Vor einem Jahr accompli, das weiß man, wird England sich beugen. Was für ein Interesse sollte England daran haben, den lächerlichen kleinen Freistaat Danzig gegen die Alliierten seiner französischen Bundesgenossen zu schützen? Was bedeuten ein paar Paragraphen im Friedensvertrag? Was macht es England aus, ob Danzig ein französisch-polnischer Kriegshafen wird? Danzig untersteht dem Völkerbund. Es kann beim Völkerbund Klage führen, dann ist alles in Ordnung.

Sir Archibald sah seinen unabweisbaren Gast mit einem Gesichtsausdruck an, der alle Phasen vom Staunen bis zum Mißtrauen und von Irrruhe zur Empörung durchlief. Ab und zu wuckte er sich jährlig sein geschwollenes Nickerchen. Ab und zu sah er das Tritostokium seines Gastes an und verzog den Mund zu einem Hofnacktscher. Endlich murmelte er:

„Frankreich beabsichtigt — hm — das ist nicht wahr — Was haben Sie für Beweise?“

„Den bestmöglichen Beweis.“

„Welchen denn?“

„Mister David. Er weiß alles durch seinen Freund Monsieur Raymond.“

Sir Archibald machte sich in einem oder zwei klingenden Klängen Luft.

wenn das wahr ist — aber es ist lächerlich, natürlich ist es eine Lüge! — Automantel und schwarzes Trikot, mein, so etwas habe ich noch nie gesehen! — So etwas habe ich noch nie gehört! — Aber wenn Frankreich wirklich — es wäre ein Nozel zu meinem Satz, wenn ich das gesehen hätte — Automantel und schwarzes Trikot hört mich in meinem eigenen Hause auf die Nase — in fünf- undzwanzig Jahren habe ich nie etwas Derartiges erlebt! — Was soll ich tun!“

„Nun Sie Mister David her, das wird das Einfachste sein.“

Sir Archibald sah aus blutunterlaufenen Augen auf die abgeschaltete elektrische Leitung und murmelte etwas.

Siegfried, hole Mister David her!“

Sir Archibald machte sich in noch ein paar klagvollen Ausdrücken Luft.

„Die Bolschewiken! Ich glaube nicht an die Bolschewiken — und die Polen sollten es wagen — unmöglich, ausgeschlossen! — aber wenn sie es wagen, wenn — ich glaube es doch, obwohl er wie ein Hirsudarlist angezogen ist und die Polizei auf den Hals hat — ich habe es ja immer gesagt, wir haben in diesem letzten Krieg um zwei, drei Nationen zuviel befreit.“

In diesem Augenblick öffneten sich gleichzeitig zwei Türen zum Arbeitszimmer des Kommissars. Die eine war die Tür zum Wartezimmer. Durch diese eskortierte Siegfried Brandstedter, bleich und mit kaltem Schweiß bedeckt, Mister David mit der Morning Post im Munde. Die andere Tür führte zu der Privatwohnung des Kommissars. Durch diese stakete ein geschäftiger Sekretär ein fragendes Antlitz herein. Bei dem Anblick seines Chefs im Tote-a-tete mit einem Mann im schwarzen Trikot blieb er vor Staunen gelähmt stehen. Sir Archibald brach seinen Monolog ab. Ueber seine geschwollene Nase hinweg sah er mit böshöft glühenden Augen den Mann im Trikot an. Brandstedter blieb stehen und nicht,

als wollte er sagen: Ich wußte ja, daß es so kommen würde.

„Diggins!“, sagte Sir Archibald.

„Ja, Excellenz. Was — was sind das für Messingen? Ist das ein Ueberfall? Ew. Excellenz — hm — Nase blutet.“

Sir Archibald sah den Mann im Trikot noch einmal an.

„Diggins!“ sagte er.

„Ja, Excellenz. Soll ich die Polizei —“

Der Mann im Trikot verzog keine Miene.

„Diggins!“ sagte Sir Archibald zum dritten Male.

„Sorgen Sie dafür, daß mich niemand stört. Ich bin mit wichtigen wolkischen Untersuchungen beschäftigt.“

Nun war es an dem Sekretär, den Mann im Trikot anzusehen.

„Aber — Ew. Excellenz, Nase?“ stammelte er düstert.

„Ich habe sie mir am Schreibtisch angestochen.“, sagte Sir Archibald. „Schließen Sie die Tür!“

Er wendte sich dem Mann im Trikot zu.

„Sie sind ein guter Sportsmann, obwohl Sie sich absonderlich kleiden.“, sagte er. „Sehr absonderlich, aber das tun alle Deutschen. Lassen Sie mich sehen, ob sie irgend einen Grund für Ihre — hm absurden Anzügen gegen meinen Bedenken und eine freundschaftlich gesinnte Ration haben: Aber eines will ich Ihnen sagen, bevor mir weitergehen: Haben Sie recht, so ist es auf jeden Fall zu spät, irgend etwas zu tun. In diesem Augenblick“, er sah auf die Uhr, „in diesem Augenblick segelt die englische Flotte.“

Das Gedränge auf den Straßen nahm im Laufe des Nachmittags von Stunde zu Stunde zu. Die schwarzen Horden erfüllten das Zentrum der Stadt, die Straßenbahnen konnten nicht mehr fahren; die Cases waren von Menschen mit son-

derbarer Sprache besetzt. Im Laufe der Zeit wurden die Scharen immer unlenksamer: ihre Geschlechter glühten, sie brachten unbegreifliche Hochrufe auf unbegreifliche Dinge aus. Personen, die möglicherweise die Rolle von Führern spielten, gingen von Case zu Case, gaben geflüsterte Weisungen und eilten weiter. Die wenigen Freischaupolizisten waren schon so gut wie aus dem Spiele; die Masse zirkulierte nicht mehr; hier und dort hörte man drohende Rufe gegen die Graugrünen; hier und dort machte man Miene, zu Handgreiflichkeiten überzugehen.

Was wollte die Masse? Wo kam sie her? Hatte sie irgend ein gemeinsames Ziel?

Gegen vier Uhr wurden die ersten Gewaltakte rapportiert; sie richteten sich gegen einige gekleidete Personen auf dem Langemarkt und einen Goldschmiedeladen in der Hundegasse. Augenblicklich begannen die eisernen Rolläden vor den Ladenfenstern der ganzen inneren Stadt herunterzurasteln. Bald lagen die Geschäfte in der Langegasse und auf dem Langemarkt wie mit geschlossenen Augen da. Ein Uebergriff auf einen Hotelgast im Deutschen Haus hatte zur Folge, daß bei besseren Hotels und Restaurants sofort dem Beispiel der Kauläden folgte.

Gegen fünf Uhr wurden Plünderungen in den Vorstädten rapportiert, aber man hatte keine Zeit, sich damit zu befassen. Die Massen im Zentrum wurden schwarzer und schwarzer; so allmählich glaube man einen Plan in ihrer Verteilung zu erkennen. Am das Rathaus, das Postamt und das Elektrizitätswerk scharten sie sich am dichtesten. Auf der Straße sah man niemanden, außer berittenen Polizisten. Die sahen zu vier und vier an den wichtigsten Straßenkreuzungen postiert, keine graugrünen Inseln in dem schwarzen Meer; mit regungslosen Gesichtern hörten sie sich die Unversämtheit der Menge an, und sahen an den geballten Fäusten vorbei.

(Fortsetzung folgt.)

Außenpolitik, ihre ziemlich bescheidenen Schritte im Innern. Wird der Wahlkampf direkt über die Frage des englisch-russischen Vertrages ausgesprochen, so ist die Entscheidung enger gesteckt, Angriff und Abwehr scharfer konzentriert. In diesem Falle hätte, um es mit den Worten eines bürgerlichen Beobachters zu sagen, die Arbeiterpartei den Vorteil aus all dem Idealismus, den der Gegenstand weckt; die Konserverativen den Vorteil aus all dem antibolschewistischen Vorurteil, das besteht; während zwischen diesen beiden großen Kräften die Liberalen, die ihr Schicksal herausgefordert haben, elend zerrieben würden.

**Die italienischen Liberalen gegen den Faschismus.** Seit zwei Tagen legt in Livorno der Parteitag des rechten Flügels der italienischen Liberalen. Es ist jene Gruppe, die unter Salandra's Führung die Schwelung zum Faschismus mitgemacht hat und als einzige nicht faschistische Partei auch in den im Frühjahr neu gewählten Parlament zur Regierungsmehrheit Mussolinis gehört. Die Faschisten legten dem Parteitag große Bedeutung bei, da schon seit einiger Zeit verläutete, er würde zu einem Bruch zwischen Liberalen und Faschisten führen. Tatsächlich hat der Parteitag mit großer Majorität die regierungsfreundliche Resolution abgelehnt und mit 23.000 gegen 8000 Stimmen bei 3000 Stimmenthaltungen folgende Resolution angenommen: „Der Staat soll der Hegemonie der Parteien oder Gruppen entzogen und in seine Funktion als oberster Leiter des nationalen Lebens wieder eingesetzt werden, in dessen Rahmen der politische Streit sich friedlich entwickeln soll. Das verfassungsmäßige Regime muß streng geschützt werden.“

Die einzige getreue Grundlage der Regierung soll die Zustimmung des Landes sein, wie sie sich in den verfassungsmäßigen Formen äußert. Die Krone soll ausschließlich ein Schutzmittel des Staates sein. Keine bewaffnete Macht darf Geist und Charakter einer Partei tragen und die in der Verfassung niedergelegten Freiheiten müssen wieder hergestellt und geschützt werden. Die örtlichen Institutionen sollen den regelrechten von den Bürgern gewählten Bewaltungen zurückgestellt werden. Die Wirtschaftspolitik soll, indem sie sich die Verteidigung der Initiative des Einzelnen zum Ziele setzt, den Grundsatz der Freiheit auch gegenüber den Klassenorganisationen achten.“ Der Text der Entschließung scheint zunächst auf ein vollständiges Abschwenken der Rechtsliberalen vom Faschismus hinzudeuten. Seine Hauptpunkte richten sich vor allem gegen die faschistische Miliz, in der Mussolini mit Recht die Hauptstütze seiner Herrschaft sieht. Auch wird es in Italien ohne eine Beilegung des Faschismus nicht gelingen, die Staatsautorität wieder herzustellen, wie die Resolution es fordert. Trotzdem darf man keine entscheidende Aenderung der Politik der Rechtsliberalen oder eine Wendung in der italienischen Politik überhaupt erwarten. Der Parteitag hat lediglich der öffentlichen Meinung, die sich vom Faschismus mit Entrüstung abwendet, ein vorläufiges Zeugnis erteilt. Tatsächlich werden sich die Anhänger Salondras kaum zu einer schlagkräftigen Opposition entschließen. Sie sind viel zu sehr in die Korruption des faschistischen Systems verstrickt, als daß sie ihn gegenüber irgend einer moralischen Autorität oder realer Macht ins Treffen führen könnten.

Der tschechische Sozialdemokrat Jakubka hält es für eine selbstverständliche Pflicht der Gesellschaft, für die Arbeiterklasse zu sorgen. Der Kommunist Chlumecny sagt, sein Klub habe keine Änderungsanträge eingebracht, weil dies vergebliche Mühe wäre. Der tschechische Gewerbeteller Hof meint, der Gesetzgebung der Vorlage hätte eine gewisse sittliche Erziehung vorangehen müssen. Der tschechische Sozialdemokrat Cholc bringt die Forderungen der slowakischen Krankenkassen zum Gesetz über die Sozialversicherung vor.

Darauf unterbricht Vizepräsident Dr. Franta die Verhandlung der Sozialversicherung.

Der Senat beriet das Gesetz über die Gewährung außerordentlicher Erleichterungen bei der Zahlung direkter Steuern. Nachdem Dr. Fabel das Gesetz erläutert hatte, erklärte der Landbändler Spies, das gegenwärtige Steuersystem nehme seine Rücksicht auf den Einzelnen und hemme jede Arbeitsfreudigkeit. Der tschechische Agrarier Drejsa meinte ebenfalls, die folgenden Steuer-Erhöhlungen seien so weit gediehen, daß der Steuerträger zusammenbrechen müßte. Die Vorlage wurde dann in erster Lesung angenommen.

Ferner wurde das Gesetz, betreffend die Ermächtigung an die Regierung zur Uebernahme der Staatsgarantie für den der Elbschiffahrtsgesellschaft gewährten Kredit debattiert und erledigt.

Nächste Sitzung: Morgen, Mittwoch, 11 Uhr vormittags. Die Debatte über die Sozialversicherung wird fortgesetzt und zwei Finanzgesetze werden zur Erledigung gelangen.

**Der Glücksritter der Inflation.**



Unser Bild ist eine Karikatur des Wiener Milliardärs Camillo Castiglioni, dessen finanzieller Zusammenbruch in den letzten Tagen größtes Aufsehen erregte.

sozialdemokratische „Tischgesellschaft“ des Bezirkes Asch wird ihren Vornamch fortsetzen bis zum Siege.

**Mißtrauen gegen Zulieger.**

Wie erinnerlich, ist es unter den Landbühlern des Saazer Bezirkes zu schweren Konflikten gekommen, in deren Mittelpunkt Senator Zulieger und Sekretär Stolle standen und die zur Bildung einer sogenannten „Politischen Opposition“ geführt haben. Die Gegenparte haben anlässlich der Ernennung der Bezirksverwaltungs-Kommissionen eine neuerliche Verschärfung erfahren. Wie die Saazer „Nationale Zeitung“ berichtet, hat die „Politische Opposition“ an die politische Landesverwaltung in Prag folgende Eingabe gerichtet:

Die Konferenz der Politischen Opposition vom 23. September 1924 in Saaz hat folgende Resolution beschlossen, die im Sinne des Beschlusses der Politischen Landesverwaltung in Prag zur Kenntnisnahme unterbreitet wird: Dem Vernehmen nach soll Herr Leo Zulieger, Landwirt in diebtschan, Bezirk Saaz — neuerlich als Vertreter des Bundes der Landwirte in die Bezirksverwaltungs-Kommission des Vertretungsbezirkes Saaz — seitens der politischen Landesverwaltung in Prag ernannt werden. Wir erheben dagegen Protest mit der Begründung, daß Herr Leo Zulieger bei der Reichsparteileitung und leghin noch bei der Reichsparteivertretung des Bundes der Landwirte ein Parteiliches Reichsparteigericht verlangt, das nach den schweren Beschuldigungen, die gegen den Genannten erhoben und unter Beweis gestellt werden — auf den Ausschluß des Herrn Leo Zulieger aus der Partei Bund der Landwirte erkennen muß. Sollte Herr Leo Zulieger trotzdem ernannt werden, so kündigen wir schon heute an, daß wir diese Ernennung mit allen zur Verfügung stehenden gesetzlichen Mitteln bekämpfen werden. Dies wird zur Kenntnisnahme gebracht und hiezu das Ersuchen gestellt, daß mit Ernennung des Genannten als Mitglied der Bezirksverwaltungs-Kommission Saaz zugewartet werden wolle, bis das Reichsparteigericht seine Entscheidung gefällt hat. Ergeht abschrittlich an die Verwaltungskommission des Vertretungsbezirkes Saaz sowie an die Reichsparteileitung des Bundes der Landwirte in Böhmen-Teips und an die Bezirksparteileitung des Bundes der Landwirte in Saaz.

Diese Eingabe läßt auf die Verhältnisse im Bund der Landwirte merkwürdige Schlüsse zu.

**Der christlichsozialen Landespartei,** der Samstag und Sonntag in Rumburg stattfand, und über dessen Verhandlungen am ersten Tage wir bereits berichteten, nahm weiterhin, wie aus den Berichten der bürgerlichen Blätter hervorgeht, einen herzlich unbedeutenden Verlauf. Das politische Referat erstattete Senator Dr. Marx-Darling, der erklärte, daß die Deutschen „geschichtliche Tatsachen als gegeben hinzunehmen“ haben und daß das Heil für das deutsche Volk in diesem Staate in der Politik der sogenannten Aktivisten liege. Die Annahme von ein paar bedeutungslosen Resolutionen bildete den Abschluß des Parteitages.

Es ist verkehrt, den Mord im Frieden zu bestrafen und den Mord im Krieg zu befehlen. Es ist verkehrt, den Henker zu verachten und selbst, wie es die Soldaten tun, mit einem Menschenabschlachtungsinstrument, wie es der Säbel oder der Degen ist, stolz herumzuführen. Verkehrt ist es, die Religion Christi, die Religion der Duldung, Vergebung und Liebe, als Staatsreligion zu haben und dabei ganze Völker zu vollendeten Menschenfischlähmern heranzubilden.

Gerhart Hauptmann.

**Die Sozialversicherung im Senat.**

Prag, 7. Oktober. Die Vorlage über die Versicherung der Arbeiter und Angestellten für den Fall der Krankheit, der Invalidität und des Alters ist auf ihrem langen Wege durch die vielen Beratungskörper, die sie im Abgeordnetenhause zu passieren hatte, nun auch im Senate angelangt. Ueber die Sozialversicherung wurde daher schon soviel von allen Seiten gesagt, daß wir nur die wichtigsten Momente aus der Debatte im Senatplenum wiedergeben wollen.

Der Berichterstatter des sozialpolitischen Ausschusses, Jaros, erging sich in historischen Reminiscenzen. Bemerkenswert ist, daß

Jaros bedauerte, daß das Abgeordnetenhause nicht die völlige Zentralisierung der Versicherung durchführte

und daß er im Verlaufe seiner Ausführungen wiederholt den Ruf nach beschleunigter Durchführung der Versicherung der Selbständigen erhob, damit beide Gesetze, das über die Versicherung der Arbeiter und das über die der Selbständigen, möglichst bald in Kraft treten.

Der Berichterstatter des Budgetausschusses Klesal erwähnte, daß er sich nicht fürchte, auszusprechen, daß in der Öffentlichkeit daraus verwiesen wird, daß die Anforderungen, die das Proletariat an die Vorlage stellte, nicht ganz erfüllt wurden.

Minister Habrman stellte die baldige Vorlage der Versicherung der Selbständigen in Aussicht

und forderte den Senat auf, das große Werk des sozialen Fortschrittes anzunehmen.

Dr. Hlgenreiner (d. Christ.-Soz.): Unser Hauptbedenken ist es, daß bei der Versicherung aus politischen Gründen der Bürokrat viel zu viel zur Geltung gebracht wurde und den Sozialpolitikern auf vielen Gebieten in den Hintergrund drängte, daß der Zentralismus das bisherige Autonomie der Krankenkassen erschlägt. Das ist uns vom sozialen Standpunkte leid und muß uns auch leid sein vom nationalen Standpunkte.

**Genosse Hladik**

führte u. a. aus: Der Berichterstatter Jaros hat darauf hingewiesen, daß tausende von Familien auf die Verwirklichung der Sozialversicherung warten. Der zweite Berichterstatter Klesal hat darauf hingewiesen, daß das vorliegende Gesetz nicht allen Wünschen des Proletariates entspricht, daß diese Vorlage Mängel aufzuweisen hat, daß es aber im gegenwärtigen Augenblick ausgeschloffen ist, irgendwelche Aenderungen der Vorlage, wie sie vom Abgeordnetenhause beschlossen wurden, vorzunehmen. Hiemit stimme ich überein. Die Frage der Sozialversicherung ist keine neue. Es wurde schon darauf hingewiesen, daß die Frage der Sozialversicherung innerhalb der Arbeiterbewegung im alten Oesterreich eine ziemlich große Rolle gespielt hatte. Es ist ungefähr 30 Jahre her, seitdem die Forderung nach Einführung der Sozialversicherung erhoben wurde. Bisher haben alle Regierungen, die in der tschechoslowakischen Republik am Ruder waren, das Versprechen abgegeben, daß die Verwirklichung der Sozialversicherung eine ihrer vornehmsten Aufgaben sein werde, von der Regierung Kramar bis zur Regierung Svehla. Allerdings hat es ziemlich lange gedauert, bevor es zur Vorlage des ungenügend wichtigen sozialen Gesetzes kam. Wir sind der Ansicht, daß die Sozialversicherungsvorlage besser ausgearbeitet hätte, wenn sie zu einem früheren Zeitpunkt gemacht worden wäre. Die Sozial-

versicherungsvorlage würde ein ganz anderes Gesicht haben, wenn sie unmittelbar nach dem Umsturz eingebracht worden wäre.

Die Forderungen, welche die Vertreter des Proletariats an die Sozialversicherung stellen,

sind vor allem: die organisatorische Vereinigung der Versicherungszweige mit der Alters- und Invaliditätsversicherung unter vollkommener Wahrung der Rechte der Versicherten, Einbeziehung der Arbeitslosenfürsorge in die Sozialversicherung, Vernehrung der Lohnklassen bei der Krankenversicherung, volle Selbstverwaltung aller Krankenversicherungsinstitute nur durch die Versicherten, volle Berücksichtigung der Minoritäten in allen Verwaltungskörperschaften, Zusammenfassung der Einheitsklassen entsprechend ihrer nationalen Zusammensetzung zu Verbänden und die Verabsorgung der Krankenkassen mit dem ersten Tage der Erwerbsunfähigkeit.

Redner gibt der Meinung Ausdruck, daß die Vorlage in ihrer gegenwärtigen Fassung nicht ein Wert für die Gwigkeit

sein wird, und hegt die bestimmte Hoffnung, daß Aenderungen, die im Interesse der Beteiligten gelegen sind, zur Durchführung gelangen. Entgegen der Anschauung Dr. Hlgenreiners glaubt Redner, daß in der Vorlage das Prinzip der Einheitsklasse durchaus nicht durchgeführt ist. Entgegen den Bestimmungen über den Umfang der Versicherung sind auch jene über die Organisation der Versicherung. So ist der Direktor der Versicherungsanstalt nicht mehr Komier, sondern Organ der Anstalt. Ob das im Interesse der Anstalt und des Versicherten sein wird, wird die Zukunft lehren. Die Autonomie wird auch gedrosselt in der Frage der Anlage des Stammvermögens. Das ärgste aber in der Beschränkung der Autonomie ist im § 93 enthalten, bezüglich der Entscheidung darüber, welchem Verband die Anstalt angehören soll. Zu welchen Konsequenzen das führen wird, läßt sich heute überhaupt nicht ausdenken. Bei Regelung der Frage der Verwaltung der Krankenversicherungsanstalten waren eben in diesen Beschlüssen nationale Erwägungen maßgebend. Das gleiche gilt auch von der Zusammenfassung des Ausschusses der Zentralversicherungsanstalt. Es wäre demokratischer gewesen, wenn auch dieser Ausschuss gewählt würde. Es würde vor allem die Zusammenfassung des Ausschusses dann den Wünschen der Versicherten entsprechen. Was die Leistungen der Krankenversicherung betrifft, so ist in der Verabschiedung der Lohnklassen von 15 auf 10 eine wesentliche Verschärfung gegenüber dem gegenwärtigen Zustand zu verzeichnen. Für die Altersversicherung wurde die Altersgrenze mit 65 Jahren festgelegt und würde sich die Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre empfehlen. Die gesetzliche Bestimmung über den Anspruch auf Invaliditätsrente ist unklar und läßt alles zu wünschen übrig. Redners Partei hat deshalb Änderungsanträge eingebracht, durch welche die aufgezählten Mängel des Gesetzes beseitigt werden könnten. Redner gibt zum Schluß der Hoffnung Ausdruck, daß man in Bälde darangehen wird, durch Novellierung des Gesetzes den restlichen Teil der Schuld, der durch die Vorlage noch nicht abgetragen wurde, wettzumachen. (Beifall.)

**Inland.**

**Die Älter Gemeindevahlen.**

Zu den Wahlergebnissen in Asch wird uns noch geschrieben:

Als die Gemeindevahlen ausgeföhrt wurden, war ein Stroh arbeitsfreudiger Vertrauensmänner da und mit Zuversicht wurde an die Arbeit gegangen. Seit vier Jahren zum ersten male wieder wadten die Sozialdemokraten öffentliche Versammlungen; die Versammlungen waren ausnehmend gut besucht und auch die Kommunisten, die alle ihre Führer als Redner aufmarschieren ließen, waren nicht mehr in der Lage, die Versammlungen zu majorisieren. Es gab wohl Auseinandersetzungen, aber zwischen den Tumulten von ehedem und den sachlichen Diskussionen von heute besteht ein himmelweiter Unterschied. Daß die Kommunisten ein derartiges Wahlergebnis nicht erwarteten, geht schon daraus hervor, daß sie anlässlich der Ernennung der neuen Bezirksverwaltungs-Kommission dagegen protestierten, daß mit der Ernennung nicht bis nach der Gemeindevahl zugewartet wurde, denn „nach der Wahl wird in Asch die Zahl der Mandate der einzelnen Parteien nicht mehr den Tatsachen entsprechen,“ weil noch Ansicht der Kommunisten von den 650 Stimmen, die im Bezirk auf die Sozialdemokratie entfallen, „noch ein Viertel“ den Kommunisten gehört.

Nur, die Wahl ist vorbei und ihr Ergebnis ändert, insoweit der Anspruch der Sozialdemokraten in Frage kommt, an den Dingen gar nichts; die Ansicht der Kommunisten, die sie in ihrer Wahlzeit vertreten haben und die wir hier wiedergeben, war falsch. Sie sagten nämlich:

„Wir erachten nämlich die Aufstellung der Mandate: 5 Sozialdemokraten und 1 Kommunist als nicht richtig.“

Es mag sein, daß die Kommunisten mehr als ein Mandat in der Bezirksverwaltungs-Kommission beanspruchen können; aber dieser Anspruch kann sich nicht auf das Verhältnis zwischen uns und der kommunistischen Partei beziehen.

Die Wahl ist vorbei. Sie brachte uns vor allen Dingen Klarheit über das Kräfteverhältnis. Wir wissen jetzt, wie wir stehen und was wir sind. Unsere Meinung, die in der von der Älter Lokalorganisation herausgegebenen Wahlschrift vertreten wurde, hat nicht getrogen:

„Am unser Banner schart sich das neu-erwachte, in die Arbeiterbewegung wieder Vertrauensgebende Proletariat. Die Bewegung hat die Wandlung vom gefühlsmäßigen Ausfluchen zum zielstrebenden, jah an den Boden ringenden Fortwärtstreben vollzogen. Die Zeit des Rüstens ist wieder da, neues Leben pulsiert in unseren Reihen; der alte Kampfgeist, gepaart mit jenem stolzen Trost, der unsere Bewegung immer eigen war, erfüllt die sozialistischen Kampftruppen.“

Das Wahlergebnis von Asch wird sicher dazu beitragen, der Bewegung im äußersten Westböhmen neuen Rückhalt zu verleihen und es darf der Hoffnung Ausdruck verliehen werden, daß es in der Stadt Asch selbst und ebenso im Bezirk Asch weiter vorwärts gehen wird. Schon im vorigen Jahre konnte nach den allgemeinen Gemeindevahlen die stolze Kunde in die Welt geschickt werden, daß die Sozialdemokratie im Bezirk Asch, die hundertmal vor gesagt worden war, marschiert. Allen Hindernissen zum Trost verrichten die sozialdemokratischen Vertrauensmänner ihre Arbeit und wir wissen: Die heute schon 6000 Köpfe zählende:

# Tages-Neuigkeiten.

## Sensation.

### Die Prager „Abendzeitung“ und die Schuld am Kriege.

Die Prager „Abendzeitung“, der nachmittägige Ableger des „Prager Tagblattes“, überraschte dieser Tage seine Leser mit der Entdeckung, daß Poincaré den Weltkrieg verhindert hätte. Den Anlaß zu dieser in Form einer Warnung aufgemachten Mitteilung bot die Publikation eines Kriegstagebuches, wie es deren schon viele Hunderte gibt. Ein englischer Diplomat hat seine Erinnerungen geschrieben und erzählt darin, daß Poincaré ihn in den kritischen Julitagen aufgefordert habe, von Grey eine Erklärung über die Haltung Englands zu verlangen, da Deutschland sich nicht getrauen würde, gegen England vorzugehen. Damit wird mir etwas bestätigt, was schon längst allgemein bekannt war, daß England durch seine schwankende Haltung in den letzten Julitagen seinen Anteil an der Kriegsschuld hat. Keinesfalls ändert sich durch die Informationen, die der englische Diplomat der Öffentlichkeit gibt, etwas an dem Urteil über die Kriegsverbrecher der verschiedenen Nationen. Die Prager „Abendzeitung“ war auch wahrscheinlich gar nicht der Meinung, daß sich etwas an den Ansichten über den Kriegsbruch ändere, sie setzte aber ihren Lesern in Ermangelung eines anderen Schlags die Neuigkeit von dem Pazifisten Poincaré vor, weil sie wußte, daß der schreiende Satz „Poincaré wollte den Weltkrieg verhindern“ auf alle Leser und Käufer des Blattes zugkräftig wirken würde.

Die Sensationslust der bürgerlichen Presse, die vor Irrführungen des Publikums nicht zurückbleibt, enthüllt sich an diesem Beispiel wieder einmal mit großer Deutlichkeit. Alle Rücksichtnahme auf wahrheitsgetreue Berichterstattung fällt, wenn man ein Geschäft machen kann. Wann werden die arbeitenden Menschen aufhören, sich von dieser Presse an der Nase herumführen zu lassen?

### Die Angestellten der Stadt Prag bekommen außerordentliche Weihnachtzulagen.

Der Prager Bürgermeister Dr. Baxa teilte in der letzten Sitzung der Zentralverwaltungscommission von Groß-Prag mit, daß er in der nächsten Stadtratssitzung einen Antrag vorlegen werde, nach dem die städtischen Beamten und Angestellten mit Rücksicht auf die außerordentlichen Lebensverhältnisse, falls die Gesetzesvorlage über die Staatsangestellten im Jahre 1924 von der Nationalversammlung nicht erledigt werden sollte, besondere Zulagen erhalten, die im Monate Dezember (vor Weihnachten) zur Auszahlung gelangen würden.

### Die tschechoslowakische Armeeführung soll in der nächsten Zeit große Veränderungen erfahren.

Eine Reihe von Generalen tritt, so meldet die „Tribuna“ in den Ruhestand. Andere werden Studientreffen ins Ausland unternehmen, mit anderen höheren Offizieren der französischen Mission geht der Vertrag, der nicht erneuert wird, zu Ende. So begibt sich der Vertreter des Generalstabschefs General Bozenik auf eine Informationsreise nach Frankreich. Seine Stelle soll durch General Drobny oder General Alcauda, dessen Ernennung wahrscheinlicher ist, besetzt werden. Das Preßburger Landeskommmando soll nach General Spiro General Gajda übernehmen, obwohl einige politische Kreise gegen die Exponierung dieses Generals ernste Einwendungen erheben. Aus dem Brünner Landesmilitärkommando soll infolge hohen Alters General Bodhajsky scheiden, an dessen Stelle General Stadlec treten soll. General Cerek dürfte von seiner Stelle als Chef der Militärkanzlei des Präsidenten scheiden und eine ordentliche Zuteilung erhalten.

# Wiener Musik- und Theaterlek.

## Zweit: Woche.

Im Operntheater wurden die Festvorstellungen mit Werken von Strauss, Wittner und Schmidt fortgesetzt, die schon aus früheren Spieljahren bekannt sind. Die Volksoper stürzte eine vorzüglich gelungene Neuzinszenierung des „Bettelstudenten“ von Carl Millöcker bei. Direktor Hiedrich hatte diese klassische Operette, ein wirkliches Gut der Volkskunst, selbst einstudiert und so konnte man sich nicht nur an den herrlichen, auch heute noch populären Melodien, sondern auch an den vorzüglichsten Leistungen der Sänger und des Orchesters erfreuen. Die Freie Schauspielervereinigung brachte im Konzerthaus eine szenische Aufführung von dem Drama „Der tote Tag“ des holländischen Malers und Mystikers Ernst Barlach. Das gedanklich überreiche, von einer dunklen, gleichnerischen Sprache getragene Spiel behandelt das Zerbrechen der schöpferischen Individualität eines jungen Menschen (des Sohnes) an den Bindungen des Alltags (der Mutter). Symbole, Fabelwesen, deren Deutung den Hörer den tiefsten Lebensproblemen näher bringt, wechseln mit den handlungsreichen Personen Gespräche von hoher Dichterkraft. Trotzdem wirkt das Drama mehr beim Lesen, da die äußere Handlung nur langsam fortschreitet.

Das Moderntheater fügte eine Uraufführung den reichen Darbietungen der Festwoche hinzu. Walter Eidlitz, einer der Preissträger der Stadt Wien, hat ein Märchenstück geschrieben, das in heimlich versommener, dann wieder naiv-

### Prager Röntgenkongress.

Die diesjährige dritte wissenschaftliche Tagung der Vereinigung deutscher Röntgenologen und Radiologen in der Tschechoslowakischen Republik findet am 25. und 26. Oktober in Prag statt. In dieser sind bereits über 40 Vorträge angemeldet worden. Die Hauptreferate hatten Doz. Gaudel-Wien: Ueber Röntgenbildgebung der Lungentuberkulose und Prof. Weber-Wien: Ueber die Standarddosiseinheit. Besonders zahlreich ist diesmal die Beteiligung aus dem Ausland; außer den beiden Genannten haben aus dem Auslande Vorträge angemeldet: Vanmeester-Erlangen, Braun-Chemnitz, Tessier-Frankfurt, Franke-Hamburg, Frisch-Pel. Tschern, Herman-Szaboltsa, Ponta-Dresden, Achsmann-Erlangen, Prolinger-Wien und Jacher-Erlangen. Die Zahl der angereisten Teilnehmer ist eine ziemlich große.

### Großer Mühlenbrand in Olmütz.

Wie aus Olmütz gemeldet wird, brach Sonntag nachts gegen halb 8 Uhr in der sogenannten Stadler-Mühle, die nahe der Gemarkung der Stadt steht, ein großes Feuer aus. Der Brand, der sich mit großer Schnelligkeit ausbreitete, leerte das alte und das neue Mühlengebäude in Asche. Das Getreidemagazin konnte gerettet werden. In den Morgenstunden wurde der Brand gelöscht. Der Schaden geht in die Millionen. Die Entstehungsurache wurde bisher noch nicht festgestellt.

### Nichtigstellung.

In den Vorstand des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper wurde in der Samstag und Sonntag tagenden Hauptversammlung des Verbandes nicht Abg. Schweighart, sondern Gen. Ripel, Gemeindevorsteher in Mich bei Karlsbad, gewählt.

### Anatol Frances Leben im Verlöschen.

Die Pariser Mänter berichten, daß das Leben Anatol Frances langsam verlösche. Er sei äußerlich entkräftet, nehme fast keine Nahrung mehr zu sich und könne nur mühsam sprechen.

### Deutschnationale und Böllische geben bekanntlich vor, Hüter der deutschen Kultur zu sein.

Wer aber den Löwen in seiner eigenen Höhle aufsucht, d. h. wer sich auf ein Rittergut begibt, der wird dort oft einen erschreckenden Tiefstand der Kultur finden. Als Beispiel für deutschnationale Kulturhöhe sei hier einiges von dem medienburgischen Rittergut Teschendorf (in der Nähe von Rostock) berichtet. Geht man über den Hof, — diesen Weg hat natürlich die Gutsheerrschaft für Proleten verboten —, so sieht man das große, prächtig eingerichtete Herrenhaus, vielleicht mit einem davor haltenden Auto. Sieht man dann aber die hinter dem Hofe liegenden Landarbeiterwohnungen, so kommt einem der Ekel an. In ganz banfälligen Stütten müssen hier die Leute hausen. Eine Familie wohnt in einem Anbau des Pferdealles. Wer nicht gerade auf der Türschwelle mittags oder nach Feierabend Menschen sitzen sieht, würde diese Behausung nach ihrem ganzen Aussehen, den Fenstern usw. für einen Viehstall halten. Am Ausgange des Dorfes liegt die Schmitterkaserne, in der die polnischen Arbeiter zusammengepfercht sind. Im Sommer sieht man den ganzen Sonntag über Schnitter und Vieh zusammen auf der Wiese liegen, wo es immerhin besser ist als in der unfaulenden Kaserne. Auch abends flüchten sich die polnischen Arbeiter oft vor den Läufern und Wangen nach draußen und bleiben hier die ganze Nacht liegen. Die Junker wissen es zu verhindern, daß ihre Landarbeiter sich geistig beschäftigen. Im Sommer sorgt schon die elfstündige Arbeitszeit dafür, daß nach Feierabend jedermann erschöpft ist und so bald wie möglich zu Bette geht. Und im Winter muß bei der äußerst geringen Entlohnung natürlich jeder bedacht sein, soviel wie möglich mit dem Lichte zu sparen, also frühzeitig sich zur Ruhe zu begeben. In der Schule selbst können die Kinder der Landarbeiter nicht viel lernen. Es soll zwar anerkannt werden, daß es Schulen in der Ritterschaft gibt, die den geringen gese-

llichen Vorschriften entsprechen oder gar darüber hinausgehen. Aber es gibt auch Güter, auf denen die Schulverhältnisse geradezu haarsträubend sind. So gibt es in dem oben genannten Rittergut Teschendorf kein Schulhaus, sondern die Schule ist in einer Stube mit untergebracht. Die Klasse ist viel zu klein für 40 Kinder, so daß sie sich (!) auf einer Bank sitzen müssen. Daß sie sich da nicht rühren können, dürfte einleuchten. Die Wände sind seit Jahren nicht geweißt, der Putz ist teilweise abgefallen. Der Fußboden ist aus Mauersteinen. Daher ist es natürlich im Winter kalt, zu allen Zeiten aber staubig. Die vorgeschriebenen Lehrmittel fehlen größtenteils noch immer; einige Unterrichtsfächer können nicht gegeben werden, weil alles fehlt. Der Abort für die Kinder ist seit dem Winter nicht gereinigt und in furchtbarem Zustande. Das Vieh des Gutsbesizers ist natürlich in weit besseren Räumen untergebracht als die Schulkinder. Daß diese bei so traurigen Verhältnissen nicht viel lernen können, ist leicht einzusehen. So sorgen die „Hüter“ der deutschen Kultur für deren Erhaltung und Höherentwicklung!

### „Es lebe das freie Spanien!“

In Madrid ist es gelegentlich der feierlichen Eröffnung des Winterfensters der Unibersität zu Demonstrationen gegen die Regierung gekommen. Als Professor Pedro Bainz wiederholt auf die politische Situation Spaniens anspielte, spendeten die Studenten demonstrativ Beifall, und als er erwiderte, riefen sie: „Es lebe die Freiheit, es lebe das freie Spanien!“ Schließlich kam es zu einer Demonstration gegen den Präsidenten der Feier, den General Gallepinosa, der Mitglied des spanischen Direktoriums ist. Diese Demonstration steigerte sich bald zu einem Tumult, so daß die Polizei einschreiten mußte. Zwei Studenten, die von der Polizei verhaftet wurden, sind von ihren Kameraden wieder befreit worden.

### Der Generaldirektor der verkrachten Wiener Monarchienbank verhaftet.

Der Generaldirektor der Nordisch-Oesterreichischen Bank Waldegg in Wien wurde Montag abends in Haft genommen. Es handelt sich um eine Verwahrungshaft, die in erster Linie wegen Fälsch- und Verabredungsgeschäften als notwendig erscheint.

### Der erste Flug Amsterdam-Niederländisch-Indien verunglückt.

Nach einem beim Komitee für den Flugdienst Amsterdam-Niederländisch-Indien eingegangenen Bericht ist bei der in der Nähe von Philippopol erfolgten Kollision des holländischen Fliegers Van der Hoop der Motor unbrauchbar geworden und ein Flügel des Propellers gebrochen, so daß der Weiterflug nach Batavia einstweilen nicht fortgesetzt werden kann.

### Das Schicksal der ostchinesischen Eisenbahn.

In Wladsen wurde zwischen dem Vertreter Sowjetrußlands und dem Gouverneur der Mandchurei Tschastlin ein Uebereinkommen betreffend die Uebergabe der ostchinesischen Eisenbahn in das Eigentum des Sowjetverbandes getroffen. Es wurde ein neuer Verwaltungsausschuß eingesetzt, in welchem sich chinesische und Sowjetvertreter befinden, und welcher sofort den obersten Leiter der Bahn, den Welchardisten Stromow, von seinem Posten enthob und Iwanow zum neuen Leiter ernannte. Stromow wurde von den chinesischen Behörden verhaftet.

### Den Verführer seiner Frau niedergeschossen.

In der Gemeinde Szarret (Ungarn) traf der Abgeordnete der ungarischen Nationalversammlung E. Kato mit dem Lehrer Barga in einem Gasthause zusammen. Nachdem er ihm Vorwürfe wegen Verführung seiner Frau gemacht hatte, schoß er ihn nieder und meldete sich hierauf bei der Gendarmerie.

### Der kranke Wunderdoktor.

Auch Borsberg hat seinen Wunderdoktor, einen Bananen in der Hand, der „s Finke“ genannt wird. Jüngst erkrankte der Wunderdoktor und alle Welt war darauf gespannt, wie er sich durch seine unheilbare Wunderkur heilen würde. Aber siehe, seine Krankheit wurde immer schlimmer und es hieß, er liege im Sterben. Da tat

der Wunderdoktor das, was die Geistlichen von Lourdes und anderen Gnadenorten tun, wenn sie krank werden: er ließ einen „gewöhnlichen“ Doktor kommen. Der brachte ihn auch richtig auf die Beine und der Wunderdoktor wird jetzt wieder seine Unterweisungen an denen, die dümmere sind als er, ausbreiten können.

### Verhaftung der Düsseldorfser Museumdiebe.

Die beiden Diebe, die vor einigen Tagen im Düsseldorfser Kunstpalast mehrere wertvolle Gemälde aus dem Rahmen geschnitten hatten, sind in Amsterdam ermittelte worden. Sie leugneten den Diebstahl, wurden aber von zwei Museumswärtern, die mit den deutschen Kriminalbeamten nach Amsterdam führten, als die beiden der Tat verdächtigen Besucher des Museums wieder erkannt. Gegen beide ist das Auslieferungsverfahren eingeleitet worden.

### Banknotendiebstahl in der Rumänischen Nationalbank.

In der Notenfertigungs-Abteilung der Rumänischen Nationalbank ist man Banknotendiebstählen auf die Spur gekommen, deren Schadensziffer bisher noch nicht genau feststeht. Der Hauptkassier Martineau ergriffte schon seit geraumer Zeit, daß aus den der Hauptkasse eingelieferten Banknotenbündeln einmal kleinere, dann wieder größere Beträge fehlten, doch konnte die eingeleitete Hausuntersuchung den Täter nicht ermitteln. Man schenkte sich auch, eine große Anzahl von Beamten, die in der betreffenden Abteilung beschäftigt waren, alleamt in Verdacht zu nehmen, da man keine triftigen Beweise gegen den mutmaßlich Schuldigen aufbringen konnte. Infolge eines anonymen Schreibens wurde bei dem Beamten Jordache Balasa eine Hausdurchsuchung vorgenommen, die ein Verstecktes Depot von zirka 167.000 Leiutage förderte, über deren Herkunft Balasa die Erklärung schuldig blieb. Es stellte sich im Laufe der Untersuchung heraus, daß der Beschuldigte die Diebstähle bereits seit Monaten fortgesetzt hatte, aber so vollkommen das uneingeschränkte Vertrauen seiner Vorgesetzten und Kollegen zu erwerben wußte, daß man in ihm am allerwenigsten den Täter vermutete. Die Untersuchung ergab ferner, daß Jordache Balasa schon mit einer Freiheitsstrafe wegen Diebstahls belastet in den Dienst der Nationalbank trat.

### Zwanzigttausend Meilen unter dem Meeresspiegel.

Wie der Esperantodienst meldet, hat das englische Unterseeboot „K 26“, das in seiner Art das größte für Unterseefahrten gebaute Schiff darstellt, die Strecke Portsmouth-Singapore und zurück ganz unter dem Meeresspiegel zurückgelegt. Diese großartige Leistung — wurde doch ein Weg von insgesamt 20.000 Seemeilen ohne Unterbrechung, Reparatur oder Unfall zurückgelegt — könnte geradezu als Verwirklichung einer der phantastischen Ideen Jules Verne's bezeichnet werden.

### Verklappenschnitt mit der Schere.

Ein Kunststück moderner Chirurgie wurde kürzlich in Amerika an einem Mann vollzogen, dem ein Stück der Herzklappe erfolgreich wegoperiert wurde. Um die Operation ausführen zu können, bedurfte es aber erst der Erfindung eines besonderen Instruments, die den beiden Ärzten Dr. Bea und Dr. Cutler von der Harvard-Universität, die die Operation ausführten, zu danken ist. In bestimmten Fällen von Erstankung der Herzklappe tritt eine Versteifung der Herzklappe und dadurch eine Behinderung des Blutflusses ein. Es wird in diesen Fällen notwendig, ein Stück der Herzklappe zu entfernen, um die Störung zu beseitigen. Nach Entfernung des Brustkorbes wurde das scharfenäugliche Instrument, das die Erfinder „cardiovalvulotome“ nennen, in die Vene, die von der Lunge zum Herzen führt, eingeführt; der Operateur schnitt durch Betätigung einer Feder am Griff der Schere den störenden Teil der Herzklappe heraus und entfernte ihn aus der Blutbahn. Die Operation, die nur einen geringen Blutverlust verursachte, wurde vorher an dreißig Stunden erprobt, von denen 21 die Operation überlebten. Als die Ärzte sich in der Technik der Operation genügend ausgebildet hatten, nahm man diese an dem Patienten vor und erzielte damit einen vollen Erfolg. Man wird deshalb in Zukunft bei allen Patienten, die an chronischen Herzklappenfehlern leiden, das Uebel zu beheben suchen, indem man einen Teil der erkrankten Klappe auf operativem Wege entfernt.

zauberischer Weise die alte Weise von der Liebe eines Fürsten zur Maid aus dem Volk behandelt. Es heißt „Der Kaiser im Walde“ und zeigt den jungen Herrscher, der des Hoflärms müde, in die Ferne zieht. Dort umgarnet ihn eine schöne Frau, die Gattin eines alten, verbitterten Armanenschen. Der Kaiser läßt den Gemann besessigen und widmet sich nur der Liebe. Aber das Volk empört sich, er darf nicht für sich und seine Liebe leben, sondern muß zurück zur Pflicht, die er vernachlässigt hatte. Diese Mär wird in epischer Breite in vier Akten erzählt, nicht immer fesselnd, aber mit seinen herrlichen Zwischenbemerkungen. Die Hauptdarsteller Lohner, Heine und Hild Wagner waren ausgezeichnet, so daß das Spiel einen freundlichen Erfolg erringen konnte.

Die „Nestroy-Pöffe „Eine Wohnung zu vermieten...“ war als Feilscherei gedacht. Da bei uns so viel Gegenwärtiges an die Zeit des Hausherndankels von anno dazumal anklingt, wirkt sie auch heute mit Gegenwartskraft. Der Witz ist unverblüht, die Volkstypen lebenswahr und die Handlung anregend. So konnte sich die von Farno inszenierte Aufführung im Lustspieltheater in den Rahmen des Festes vollkommen einfügen und einen starken Erfolg erringen.

An Konzerten war die Woche überreich. Das zweite moderne Orchesterkonzert brachte die mit Spannung erwartete Uraufführung des Klavierkonzerts von Korngold, dessen gesteigerte Technik und Instrumentationskraft man wieder bewundern konnte. Ein Orgelwerk von Prohaska zeigte diesen Meister als tiefen Orchester und Kömmer. Drei Orchesterlieder von Alma Mahler, der Gattin des großen Meisters, bewiesen, daß auch eine Frau musikalisch reif er-

finden und empfinden kann. Den Abschluß bildete die erste Sinfonie von Hugo Kauder, einem ernst ringenden jungen Künstler, der dem Musikbetrieb fernsteht und daher zu umso konzentrierter Spiegelung seiner Persönlichkeit gelangt, ohne daß sein Stil radikal modern würde. Eine Aufführung der großen Messen von Bruckner im Konzerthaus unter der Leitung des Operndirektors Schall war ein Erlebnis von seltenester Bedeutung. Auch für Menschen, die dem tschechischen Dogma nicht die herrschende Bedeutung zubilligen, mußte dieses Werk aufwühlend wirken. In ganz anderem Sinne sprach die Musik von Johann Strauß zu den Hörern, die am nächsten Tag durch Nilius' künstlerische Hand aus dem Orchester hervorgezaubert wurde. Die unsterblichen Weisen schneideten sich ein, man fühlte den Ausdruck einer ganzen Zeitperiode in unmittelbarer Einmaligkeit. Der Höhepunkt war erreicht, als Grete Wiesenthal den Donauwalzer tanzte und der Männergesangverein die von Strauß ihm gewidmeten Weisen vortrug. In das Fest fiel auch das Jubiläumskonzert der Arbeiter-Symphonie konzerte anläßlich ihres zwanzigjährigen Bestandes. Ein Meßstein in der Geschichte des Kulturwillens des Sozialismus war es, als der Leiter dieser Konzerte, D. J. Bach, der sie im Jahre 1905 gründete, ausgestaltete und zu einem bedeutenden Faktor im Wiener Musikleben machte, das Bedum betrat und in einer Gedebrede nicht nur den Künstlern, dem Orchester und allen anderen dankte, die je die Konzerte unterstützten, sondern auch den Zweck der Veranstaltungen, ihren Erziehungswert, ihr Eintreten für Neues und Lebendiges betonte. Als dann die

Werke erklangen, folgten Tausende mit tiefer Ergriffenheit. Den Anfang machten zwei Choralvorspiele von J. S. Bach, von Arnold Schönberg für großes Orchester gesetzt. Sie wurden beim Prager Musikfest aufgeführt und brachten auch diesmal wieder durch die seltene Pracht des Orchesterklanges, der ganz neue Wirkungen aussucht. Ein symphonischer Melodram „Der geheimnisvolle Trompeter“ von Franz Salmshofer, einem jungen Wiener Komponisten, nach der Dichtung Walt Whitmans geschrieben, paßte sich in Stil und Inhalt dem festlichen Tage an. Wie sich die Imagination des Dichters visionär mit dem letzten großen Kampf der Menschheit auseinandersetzt, der mit dem Sieg der Freude endet, ist durch die Musik trefflich untermauert. Jubel schallte dem Schöpfer, seinem Interpreten Paul von Klenu und auch dem seinen Sprecher Duno entgegen, der den Text zu höchster Plastik brachte. Spürten doch alle, daß es um ihr Werk ging, um die Verwurzelung der Kunst im Volk. Den krönenden Abschluß, Beethovens IX. Sinfonie, die schon vor 19 Jahren im Arbeiterkonzert erklang, damals als Experiment belächelt, heute von allen geliebt und verstanden verstanden die Mitwirkung des Arbeitergesangvereins „Freie Topographia“. Daß sich heute ein proletarischer Verein mit vollem Erfolge an ein so schwieriges Werk wagen kann, zeigt am besten für den Fortschritt der Kunstverbreitung der Arbeiter. Und so war der denkwürdige Abend in mehr als einem Sinne ein Wahrzeichen und eine Hoffnung für eine Zukunft, in der das schaffende Volk die gesamte Kunstpflege übernehmen wird.

Dr. Paul A. Pisl-Wien.

**§. R. III zur Amerikafahrt bereit.** Die die Väter aus Friedrichshafen berichten, ist der §. R. III vollständig klar zum Ausfluss. Der Betriebsstoff, der Breviant und die Postfächer befinden sich schon an Bord. Die Befragung und die meteorologischen Funktionen sind verständigt worden, sich ab Donnerstag für die große Ueberfahrt bereit zu halten. Da die Witterungsberichte wesentlich günstiger lauten, ist, wie das „Berliner Tageblatt“ erfährt, beabsichtigt, schon am Donnerstag, vormittags 8 Uhr, zur Transozeanfahrt anzuflehen. Dem gleichen Schiffsahrts-Schönherger-Bureau mit dem Plan zusammen, eine Luftschiffverbindung zwischen England und Indien herzustellen. Eine englische Gesellschaft will mit Unterstützung der britischen Regierung zu diesem Zwecke in England Riesenzeppelein bauen, die etwa 200.000 Kubikmeter Gasinhalt haben und über 3000 Pferdekraften verfügen sollen. Die Gesellschaft will aus diesem Grunde die Lizenz für den Bau von Zeppelein von der Friedrichshafener Werft erwerben.

**Weiterüberblick vom 7. Oktober.** Während am Montag in West- und Mittelböhmen recht schönes und trockenes Wetter herrschte, dauerte in Ostböhmen, Mähren und Schlesien der Landregen an und breitete sich auch über die ganze Slowakei aus. Besonders große Niederschlagsmengen hatten das Ries- und das Hergersberg (Nachod 40 Millimeter, Trautenau 38 Millimeter). Am Dienstag früh regnete es noch in der Slowakei. Die Endtemperatur waren bereits fast vollkommen mit Tiefsttemperatur um fünf Grad Celsius herum. Die Luftdruckverteilung mit einer Depression im Nordwesten und Ausläufern an deren Südostrand ist wenig verändert. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Veränderlich, Temperatur wenig geändert, mäßige Winde aus südwestlichen Richtungen.

**Warnung vor dem Kartoffelkrebs.**

Die politische Bezirksverwaltung Kuffsch ersucht um Aufnahme folgender Rundmachung:

Auf einigen Grundstücken der Gemeinde Stimmendorf im Gerichtsbezirk Teischn und der Gemeinde Falkenau im Gerichtsbezirk Haida bei H. daher das Ministerium für Landwirtschaft im Sinne des § 12 der Regierungsverordnung vom 7. April 1921, Zl. 148 S. d. G. u. V., betreffend den Schutz gegen die Einschleppung des Kartoffelkrebses und dessen Bekämpfung im Gebiete folgender Gerichtsbezirke als „geschlossenes Gebiet“ erklärt: Teischn, Karib, Kuffsch, Leitmeritz, Aufsha, Lenken, B. Kamniz, Haida, Böhm.-Leipa, Niemes, Deutsch-Gabel und Zwidau. Schon früher hat das Ministerium für Landwirtschaft die Bezirke Schludenau, Hainzspach, Rumburg und Warnsdorf als „geschlossenes Gebiet“ erklärt.

Aus den Gerichtsbezirken Teischn und Haida ist jedwede Kartoffelausfuhr, zu welchem Zweck es immer auch sei, in die obangeführten Nachbarbezirke — ausgenommen die Gerichtsbezirke Schludenau, Hainzspach, Rumburg und Warnsdorf — streng verboten. Aus den anderen Bezirken des „geschlossenen Gebietes“ wird die Kartoffelausfuhr, zu welchem Zweck auch immer, in die noch nicht gesperrten Nachbarbezirke streng verboten, nachdem ein berechtigter Verdacht besteht, daß auch in den anderen Bezirken des gesperrten Gebietes der Krebs schon verbreitet ist, welcher bisher noch nicht angezeigt wurde und könnten daher durch die Uebertragung und Ueberführung von Krebs befallener Kartoffeln die weiteren Bezirke verschont werden.

Unter Kartoffelausfuhr wird die Beförderung per Eisenbahn, Schiff, Fuhrwerk oder einem anderen Beförderungsmittel oder die Uebertragung durch andere Personen und ähnlichem in was immer für einer Menge es auch sei, verstanden. Ausnahmen kann nur das Landwirtschafts-Ministerium bewilligen. Um der weiteren Verbreitung des Kartoffelkrebses im gesperrten Gebiet vorzubeugen, wird im Sinne des § 9 der oben angeführten Verordnung den Erzeugern und anderen Inhabern von Kartoffeln aufgetragen, ihre Grundstücke und Kartoffelvorräte genau zu untersuchen und sich zu überzeugen, ob sie von dem Kartoffelkrebs nicht befallen sind. Dieselben sind verpflichtet, einen jeden Fall von Kartoffelkrebs, sowie ein jeden krebsverdächtigen Fall dem Gemeindeamte zur Anzeige zu bringen. Es ist Pflicht des Gemeindeamtes, einen jeden neuen, bzw. einen krebsverdächtigen Fall unverzüglich dem landwirtschaftlichen Fachlehrer Franz Morgenstern in Schludenau Nr. 796 anzuzeigen. Im Sinne der Bestimmungen des § 15 derselben Verordnung hat das Landwirtschafts-Ministerium den Benennungen mit der „direkten Aufsicht“ über das gesperrte Gebiet betraut und ist der Genannte berechtigt, zwecks Durchsicherung Grundstücke, immer Plätze und Räumlichkeiten, in welchen was immer für Kartoffel eingelagert sind, zu betreten.

Von Krebs befallene oder verdächtige Kartoffeln dürfen zur Saat nicht verwendet werden. Es wird daher allen Landwirten empfohlen, sich solche Kartoffelsorten zu beschaffen, welche dem Kartoffelkrebs sicher widerstehen; es sind dies: Blane Magdeburger, Jubel, Juli, Bepo, Hindenburg, Danula und ähnliche. Im Interesse der Verbilligung der Transportkosten und anderer Auslagen organisiert das Landwirtschafts-Ministerium unter Mitwirkung der landwirtschaftlichen Organisationen einen konstitutiven Anlauf von dem Kartoffelkrebs widerstehenden (immunen) Sorten; Anmeldungen für die Frühjahrssaat übernimmt der landwirtschaftliche Fachlehrer Franz Morgenstern. Es wird ausdrücklich aufmerksam gemacht, daß mit Beginn des Jahres 1924, Zl. 166 S. d. G. u. V. betreffend den Schutz der Pflanzenzüchtung angeordnet wird, daß im gesperrten Gebiet nur widerstehende Kartoffeln angebaut werden. Es ist im eigenen Interesse der Landwirte, die oben angeführte Pflicht genau zu erfüllen. Wer gegen die Bestimmungen der oben angeführten Verordnung handelt, wird — insofern sein Verhalten nicht eine

nach dem allgem. Strafgesetze strenger zu bestrafende Handlung betrifft — wegen Uebertretung von der politischen Behörde 1. Instanz mit einer Geldstrafe von 200 bis 30.000 K., im Falle der Uneinbringlichkeit mit einer Arreststrafe von einem Tag bis zu drei Monaten bestraft.

Der Kartoffelkrebs äußert sich durch weißliche, wazentartige Auswüchse an den Knollen, bzw. an den unterirdischen Wurzeln und an Stengeln. Die Krebsauswüchse an Wurzeln und Stengeln werden an der Luft binnen kurzer oder längerer Zeit braun bis schwarz und zerfallen. Kartoffeln mit größeren Krebsauswüchsen unterliegen regelmäßig einer raschen Fäulnis. Die Krebsauswüchse verurteilt der in der Erde lebende mikroskopische Keim des Schmarotzerpilzes. Diese Keime in befallenen Grundstücken können während der Dauer von 15 Jahren nicht vernichtet werden. Die Uebertragung der Keime aus dem verfaulten Grundstücke auf gesunde Flächen geschieht gewöhnlich durch angelegte Kartoffelflächen, durch an Ackergeräten befindliche Erde, am Schuhwerk, an den Füßen der Tiere, durch den Wind usw., sowie auch durch die Verwendung von Stallmist, in welchen die mit Krebs befallenen Kartoffeln geworfen wurden oder in welchen Fällen von mit verfaulten Kartoffeln gefütterten Tiere kamen, wobei die Kartoffeln in rohem oder schlecht gekochtem Zustande verwendet wurden.

**Humor.**

Die Schuhmarke. Auf einer märkischen Kleinbahn ereignete sich vor kurzem folgendes: Die ganze zweite Klasse ist gepreßt voll Stahlhelmlenten. In ihrer Mitte ein baumlanger Fahnen-, pardon, ein Bannerträger mit tellergroßem Falkenkreuz am Rockausschlag. Auf ihn: zu tritt ein Herr und es entwickelt sich folgendes Gespräch:

„Gestatten Sie eine Frage?“ „Bitte.“  
 „Sind Sie leidend?“ „Leidend — wie?“  
 „Nun, ich glaube, Sie litten an . . .“ (es folgte der Name einer Krankheit, die zwar in gewissen Kreisen den ehrenvollen Namen „Leutnantienkrankheit“ führt, mit der sich aber selbst ein Stahlhelmlentmann nicht gern öffentlich brüsten.)

Das ganze Abteil horcht auf. Der Bannerträger rollt während die Augen: „Was unterrichten Sie sich?“

„O bitte“, erwidert der Herr gelassen, „ich bin Vertreter der Badischen Anilin- und Sodafabrik. Das Falkenkreuz ist die eingetragene Schuhmarke für unser Präparat Ehrlich Data 606, auch Salvarsan genannt. Weil Sie das Falkenkreuz tragen, dachte ich, daß Sie auch zu unserm Klub gehören . . .“

Bis zur nächsten Station waren alle Falkenkreuzer verstummend.

Für Zweifler: der Herr hatte recht. Das Falkenkreuz ist seit langem die eingetragene Schuhmarke für Ehrlich Data 606.

Sein letztes Wort. „Und“, erzählte schluchzend eine Bäuerin ihrer Nachbarin, „bis zur letzten Minute hat mich mein Seliger erkannt, so deutlich wie im Leben. Wie es zu Ende mit ihm ging, hab ich mein geweihtes Wachs angezündet und ihm das Wachs ins Gesicht gespritzt, damit ihn der Teufel nichts anhaben könnte. Und er hat nochmals die Augen aufgemacht und hat mich angesehen und dann hat er sein letztes Wort gesagt: „Du Armbloch!“ und ist selig verschieden.“

Die Verwechslung. In die überfüllte Strohenbahn steigt eine ziemlich wohlbeleibte Dame ein und quersicht sich noch zwischen zwei Arbeitern auf die Bank. Der Schaffner kommt um das Geld einzulassen, und die Dame beginnt, ihr Geldtäschchen zu suchen. Sie hat unheimlich viel Taschen in ihrem Kleid. Sie knüpft die Taschen aus, nichts zu finden. Noch einmal beginnt sie von vorn. Da meint der eine Arbeiter im grollenden Ton: „Sie, Madamchen, passen Sie auf! Sie haben mich schon zweimal die Postträger abknöpft!“ („Lachen links.“)

**Volkswirtschaft.**

**Um die völkischen Gewerkschaften. Nationalparteieller gegen Nationalsozialisten.**

Am 14. September hat in Olmütz eine Tagung völkischer Eisenbahner stattgefunden, zu welchem die Nationalsozialisten (NSDAP) und Senator Fahrner geladen waren. Der der Nationalpartei angehörige Abgeordnete Dr. Brunar hat nun zwar eine Einladung durch eine Mittelsperson erwirkt, ist aber zur Tagung nicht erschienen und hat in dem gesunden Entschluß geschrieben es lebhaft bedauert, daß es erst der Intervention eines Parteigenossen bedurft, damit die Einladung . . . auch an einen Abgeordneten der deutschen Nationalpartei ergeht.“ Auf dem Vertretertag in Olmütz nahm nun Abgeordneter Jung zu diesem Schreiben sofort Stellung und bemerkte, daß überhaupt keine Partei eingeladen wurde, sondern daß Fahrner und er als „Gewerkschafter“ (!) gekommen sind. Auf diese Rede antwortet nun wieder in dem Blatte „Volksruf“ der Abgeordnete Brunar, worin er seine Voraussetzung, daß nur nationalsozialistische Abgeordnete eingeladen wurden, aufrecht erhält. Schließlich werden die Anhänger der deutschen Nationalpartei innerhalb ähnlicher Organisationen (also innerhalb der völkischen Gewerkschaften) aufgefordert, in engstem Zusammenhang mit der Partei zu arbeiten und die Uebergriffe anderer Parteien in solchen Organisationen anzunehmen. Dieses Vorgehen der Deutschnationalen hat nun einen Wutausbruch auf Seite der Nationalsozialisten zur Folge, die den Deutschnationalen im Duxer „Tag“ vom 7. Oktober ihre Sündenregister vorklagen. Die Nationalsozialisten empfehlen ihren deutsch-

nationalen Kollegen, sie sollen Leber ihrer Aufgabe, „auch die deutschnationalen Fabrikanten an ihre Pflicht gegenüber der Volksgemeinschaft zu mahnen, nachkommen“. Außerdem stellen die Nationalsozialisten an die Deutschnationalen folgende verhängnisvolle Anfrage: „Wer gründete eine politische Arbeitergruppe, das heißt mit anderen Worten eine „neue“ Arbeitergewerkschaft? Und wer scheidet sich nun nicht, eine tatsächlich politische farblose Gewerkschaft, wie es bei der völkischen Eisenbahner ist, förmlich als parteipolitische Gliederung zu verabsäumen?“

Wie man sieht, wird es also in der nächsten Zeit zu einem Kampf zwischen Nationalpartei und Nationalsozialisten um die völkischen Gewerkschaften kommen und man wird in diesem Kampfe, den die Herrschaften gegeneinander führen, wohl einiges Erbauliches erfahren.

**Der Bierpreis.**

**Entweder teures oder schlechtes Bier.**

Im Laufe dieser Woche soll eine Konferenz der beteiligten Zentralbehörden stattfinden, in der die Frage der Regelung des Bierpreises erörtert werden soll. Von den Bierbauern wird der Antrag gestellt, den Preis des Bieres zwar nicht zu erhöhen, dafür aber die Qualität des Bieres zu verschlechtern. Erwogen wird die Herabsetzung der Qualität auf achtgradiges Bier. Der Preis dieser Bierorte soll im Einvernehmen festgesetzt werden. Dagegen soll die Preisfestsetzung des zehn- und zwölfgradigen Bieres den Bierbauern überlassen bleiben und dieses Bier soll in Böhmen um 20 K., in Mähren um 30 K verteuert werden. Dazu wollen die Gastwirte noch einen weiteren Zuschlag von 14 K., weil ihrer Auffassung nach die Erhöhung des Bierpreises einen Rückgang des Konsums zur Folge haben wird. Die Verteuierung des Bieres würde also in Böhmen 34 K., in Mähren 44 K betragen.

Man hat schon beim Wohlgeschmeckten gesehen, daß die Regelung den Ausweg aus der herrschenden Teuerung durch die Verschlechterung der Qualität der verteuerten Waren sucht. Auch beim Bier soll nur dieser Weg eingeschlagen werden. Die Bierbauern sollen also ihre fetten Profite weiter einstecken, die Konsumenten aber sollen das elendeste Bier trinken. So sieht das Ergebnis des Kampfes der Behörden gegen die Teuerung aus!

**Zum Porzellanarbeiterstreik.**

Reichskonferenz der Porzellanarbeiter in Pilsch. Sonntag, den 5. Oktober fand in Pilsch eine vom Vorstand des Verbandes der Keramikarbeiter einberufene Konferenz statt, um zu dem ausgebrochenen Streit Stellung zu nehmen. Nach einem Bericht des Gen. Palme und der abgeführten Debatte wurde eine Entschlieung gefaßt, in der es u. a. heißt:

Die heute den 5. Oktober in Frau Klarners Gasthaus in Pilsch tagende Konferenz der Vertretungsmänner der Porzellanindustrie nimmt den Bericht des Verbandsvorstandes über die mit dem Arbeitgeberverband der Porzellanindustriellen in Karlsbad bisher durchgeführten Verhandlungen betreffend die Neuverdingung des Kollektivvertrages und der gestellten Lohnforderungen, sowie der Kündigung des Lohnabkommens zur Kenntnis. Derselbe spricht dem Verbandsvorstande und den Delegierten der Arbeiterschaft, welche die Verhandlungen führten, für ihre bisherige Haltung Dank und Vertrauen aus.

Nach eingehender Aussprache über die eingetretene Lage beschließt die Konferenz, die gesamte Porzellanindustrie aufzufordern, sich solidarisch mit in die Reihen ihrer kämpfenden Kollegen und Kolleginnen zu stellen. Die eingetretene und stets weiter fortschreitende Teuerung aller Lebens- und Bedarfsartikel, welche die Lebenslage unserer Arbeiterschaft täglich trauriger gestaltet, kann nur durch eine entsprechende Erhöhung der Löhne ausgeglichen werden. Diese ist nur zu erreichen, wenn alle Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen in treuer Solidarität zusammenhalten und als Mitglieder ihrer Berufsorganisation des Verbandes der Keramikarbeiter ihre kollegiale Pflicht erfüllen. Nur auf diese Weise wird es gelingen, eine Lösung des Konfliktes, den die Arbeiter weder wider gewollt noch gesucht haben und für dessen weitere Folgen sie auch jede Verantwortung ablehnen, herbeizuführen. Von der Gesamtarbeiterschaft erwarten wir, daß sie die kämpfende Porzellanarbeiterschaft, die immer und überall Solidarität gehalten hat, in jeder Weise in diesem Kampfe unterstützen und den Zuzug in unsere Fabriken fernhalten. Es lebe die Solidarität!

Sodann wurden in ausführlicher Weise alle jene Maßnahmen besprochen, die eine erfolgreiche Fortführung des Lohnkampfes notwendig macht. Damit war die Tagesordnung dieser bedeutsamen Tagung erschöpft. Aus den Berichten der Delegierten war zu entnehmen, daß überall eine zuversichtliche Stimmung in der Arbeiterschaft vorhanden ist. In seinem Schlußworte forderte Gen. Palme die Delegierten auf, in diesen harten Stunden, die der Arbeiterschaft bevorstehen, ihre Pflicht zu erfüllen.

**Normalisierung auch in der Tschecoslowakei.**

Wir haben schon oft hier den Standpunkt vertreten, daß auch die tschecoslowakische Industrie, wenn sie sich auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig erhalten will, dem in sich selbst vorzunehmenden gesteigerten Konkurrenzfähigkeit Deutschlands

gegenüber behaupten will, sich zu technischen Neuerungen und Umgestaltungen wird entschließen müssen. Die Herabsetzung der Produktionskosten ist nicht möglich durch den Abbau der Löhne, weil diese schon so niedrig sind, daß die Lebenshaltung der Arbeiter bedroht ist und die in den letzten Wochen einsetzende Teuerung eine Erhöhung der Löhne notwendig macht, wenn die Arbeiterschaft nicht vertrieben werden soll. In dieser technischen Umgestaltung der Industrie gehört die Normalisierung und Typisierung ihrer Produkte. Techniker und Nationalökonomien sind sich darüber einig, daß in den einzelnen Zweigen der Industrie nicht so viele Formen und Qualitäten von Waren erzeugt werden müssen, als es gegenwärtig der Fall ist. So hat der amerikanische Industrielle Ford die Erzeugungskosten der Automobile außerordentlich herabgedrückt, indem er nur gewisse Typen von Wagen und Bestandteilen erzeugte. Auch in der Tschecoslowakei gibt es bei der Maschinellfabrikation eine Normalisierungsgesellschaft, welche für Sonntag, den 3. Oktober die Erzeuger und Verkäufer von Partetten in der Tschecoslowakei zusammenberufen hat, um mit ihnen zu beraten, damit nur gewisse Typen von Partetten erzeugt werden. Die Verammlung gelangte zu einem positiven Ergebnis und hat gewisse Normalisierungsbedingungen formuliert. Die verschiedenen Interessentenvereinigungen werden nun darüber noch beraten, worauf die Normalisierung in diesem Industriezweig in Kraft treten soll.

Eisenbahnkonferenz der Nachfolgestaaten. Aus Genua, den 5. Oktober, wird gemeldet: Heute vormittags ist die internationale Eisenbahnkonferenz, an der Vertreter der Nachfolgestaaten der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie teilgenommen, zusammengetreten. Die Konferenz wird sich mit der Lösung der Fragen der Aufteilung des rollenden Materials der Südbahn und mit anderen wichtigen Eisenbahnfragen beschäftigen.

Die passive Resistenz in der Wiener Staatsdruckerei. In Wien ist bekanntlich in der Staatsdruckerei die passive Resistenz der Arbeiter ausgebrochen. Es werden zwei Betriebsratsverfassungen der Staatsdruckerei und der „Wiener Zeitung“ einberufen werden, um bei der Direktion der Staatsdruckerei für eine achtprozentige Lohnerhöhung einzutreten. Sollten die maßgebenden Stellen diese Forderung der Arbeiterschaft nicht bewilligen, beschließt die „Technische Union“ sich mit dem Verband der Buchdrucker wegen der Anwendung schärferer Maßnahmen in Verbindung zu setzen.

Lohnverhandlungen der deutschen Eisenbahner. Aus Berlin wird gemeldet: Die gewerkschaftlichen Organisationen der Eisenbahner waren Ende vorigen Monats an das Reichsverkehrsministerium herangetreten, um eine Kündigung des Lohnabkommens zur Erhöhung der Tarife vorzunehmen. Man hatte sich dahin geeinigt, die Lohnverträge fünfzig mit 14 tägiger Wirkung kündbar zu machen. Wegen des ständigen Anstiegs der Preise für Lebensmittel sind den jetzt, wie die „Germania“ meldet, innerhalb der gewerkschaftlichen Organisationen Verhandlungen statt, ob die Tarife am 15. Oktober für den 1. November gekündigt werden sollen.

**Gerichtssaal.**

8 144.

Vor dem Troppauer Landesgerichte hatte gestern wegen Verbrechen gegen das künftige Leben das Dienstmädchen Bertha Schrott aus Groß-Rohrau zu verantworten. Die Angeklagte unterhielt mit einem Soldaten längere Zeit ein Liebesverhältnis, welches nicht ohne Folgen blieb. Weil ihre Mutter nun eine arme Frau war, zu der sie sich in ihrer Verzweiflung zu flüchten fürchtete, wählte sie, da sie das zu erwartende Kind nicht selbst ernähren können, den Kuckuck, sich einen gewaltigen Eingriff von einer Hebamme machen zu lassen. Nach dem Eingriff erkrankte die Schrott und es mußte ein Arzt konsultiert werden, der an der Totkranken den Eingriff konstatierte. Es wurde nun eine höchst peinliche Untersuchung eingeleitet, während der auch die Hebamme erkrankte.

Bei der Hauptverhandlung verantwortete sich die Schrott damit, daß sie, wenn ihr die Hebamme den Eingriff nicht gemacht hätte, gezwungen gewesen wäre, samt dem künftigen Leben in den Tod zu gehen, weil sie arm sei und der Vater des Kindes sie nicht heiraten könne. Das Mädchen, das von zwei Gemeinden den denkbar besten Lohn ausgestellt bekommen hat, wurde schließlich zu zwei Monaten schweren Kerker bedingt auf zwei Jahre verurteilt. Gegen die franks Hebamme wurde das Strafverfahren vorderhand abgeschlossen.

**Saatsangekliebene end.**

Der 41jährige Oberresident bei den Staatsbahnen Josef Jilge aus Mistfadl wurde beschuldigt, vor einem Jahre 60 Petergrünner staatlischer Regelschleim im Werte von 680 K veruntreut und den Erlös dafür für sich verwendet zu haben. Die von dem Angeklagten veruntreute Regelschleim war infolge seines spärlichen Wirtschaftens als Stationsvorsteher als überschüssig erhalten worden, gehörte jedoch auch weitehnt dem Staate. Jilge verantwortete sich damit, daß er infolge Krankheit seiner Frau und Kindes Erlös aus Not die überschüssige Kasse an Wahnheimschleim verkauft und den Erlös zur Bezahlung des Arztes und Herbeischaffung der Medikamente verwendet habe. Das Gericht verurteilte ihn zu drei Monaten schweren Kerker, mit Rücksicht auf seine bisherige Unbescholtenheit bedingt auf zwei Jahre.

### Völkische Führer.

#### Ein Auszug aus sächsischen Gerichtsprotokollen.

Bekanntlich preisen sich die Völkischen als die wahren Volksgeliebten, als die echten Freiheitskämpfer an, die mit den edelsten Tugenden ausgestattet sind. Da ist es natürlich, von Zeit zu Zeit der Öffentlichkeit diese Führer so zu zeigen, wie sie in Wirklichkeit sind, damit sie erkennen, wie diese Völkchen aussehen und was auf ihren Prophanen zu geben ist, den sie in schlechtem Deutsch und mit falschem Pathos vortragen.

Im vorigen Jahre war Will Hirsch, eine Leuchte des deutschvölkischen Schicksals und Traditions in Leipzig. Obwohl sein Familienname jüdischen Ursprungs ist, war er zum Kaiserler und Befehlshaber dieses Bundes bestimmt worden. Als solcher zeigte er sich besonders tüchtig, denn einen Teil der Mitgliederbeschlüsse hatte er in seine Tasche, ohne seinen Bundesbrüdern davon etwas zu sagen. Dabei mar Hirsch „Lehrer und Richter“ als Kaiserler tätig. Er vereinbarte es mit seiner „Gemeinde“, die Beiträge zu unterschlagen. Denn er brauchte Geld, da ihm nur die magere Provision aus dem Zeitungsbetriebe des Bundes zur Verfügung stand. Und dieses Unterschlagen ging schlecht, fanden wollten die Leute die völkische Makulatur nicht. Die Unterschlagungen wurden schließlich erwidert und Hirsch wurde angeklagt. Die Staatsanwaltschaft schickte auf Verlangen der völkischen Brüder ein und das Gericht setzte zweimal eine Strafe fest. Hirsch wurde damit nicht abgehalten, weiter mit dem Strafgesetze in Konflikt zu kommen. Er schickte mit mehreren seiner völkischen Freunde Geldscheine. Willkürschneide wurden durch Änderung des ersten Buchstabens in Willkürschneide umgewandelt. Herr Hirsch fragte so dazu bei, die Entwertung der deutschen Mark noch mehr zu beschleunigen. Doch die Justiz packte ihn abermals. Hirsch erhielt acht Monate Gefängnis, die er angeblich in einem sächsischen Gefängnis verbrachte. Wird er entlassen, so sind neue völkische Bedenken von ihm zu erwarten, denn der Mann ist in den besten Jahren, da er im Jahre 1902 geboren ist.

Als zweite Nummer führen wir Rudolf Langer aus Leipzig vor. Er war Geschäftsführer der deutschvölkischen Freiheitspartei, und er mußte das Amt niederlegen, weil diese Partei verboten wurde. Jetzt ist er damit beschäftigt, Geld für völkische Verbände zu sammeln, denn die Summen sind groß. Dieser Geschäftsführer hat an gerichtlichen Strafen erhalten: Wegen Urkundenfälschung sechs Wochen Gefängnis, wegen Unterschlagung und schweren Diebstahls drei Jahre und neun Monate Gefängnis, sowie drei Jahre Ehrverlust, wegen schweren Diebstahls in der Schweiz zwei Jahre Gefängnis und zehn Jahre Verlust der Bürgerrechte, wegen Urkundenfälschung und Betrugs in Deutschland acht Jahre Gefängnis und zehn Jahre Ehrverlust, wegen schwerer Urkundenfälschung und Betrugs zwei Monate Gefängnis. Die letzte Strafe hat gegen ihn in diesem Jahre das Leipziger Schöffengericht festgesetzt. Und dieser Mann ist heute noch eine Fierde der Völkischen!

Den Vögel schlägt jedoch Herr Hugo Bunzel ab. Er ist Geschäftsführer des Leipziger Vereins zur Förderung der nationalen Arbeiterbewegung, Führer völkischer Organisationen und zusammen mit Rechtsanwalt Dr. Meizer, dem ehemaligen Frontsoldaten im Leipziger Bekleidungsamt, leitet er die Leipziger Arbeitergemeinschaft der Vereinten Vaterländischen Verbände, deren Schatzkammer das Wort für Kuppel ist, die Leipziger neuesten Nachrichten sind. Hugo Bunzel war einst Funktionär gelber vaterländischer Gewerkschaften in Leipzig. Er wurde national-liberaler Stadtdirektor. Als falscher Sittenrichtiger unter Anwendung von Drohungen zu bestimmen wußte, mit ihm geschäftlich zu verfahren. Hugo Bunzel war damals jung, bevorzugte aber mit Vorliebe die ältesten bis über 50 Jahre alten Prostituierten. Diese Rolle als „Sittenrichtiger“ brachte ihm zwei Monate Gefängnis ein. Er versuchte mit einem Gastspiel in der Volkshalle Töfen dem Gefängnis zu entgehen. Das mißlang. Im Jahre 1912 mußte er wieder vor dem Strafrichter erscheinen. Er wurde des Betruges beschuldigt und erhielt abermals eine Gefängnisstrafe. Trotzdem war er von 1912 bis 1918 vaterländischer Arbeitersekretär. (1) Im Kriege zeichnete er sich wie die meisten völkischen Völkchen — durch besonders tapferes Verhalten aus. Obwohl er kriegsverwundungsfähig war, blieb er im Julaube und machte am liebsten Dienst bei Landsturmbataillonen, die nicht ins Feld zu ziehen brauchten. Einmal führte ihn das Schicksal doch noch an die belgische Grenze. Von hier hätte er leicht in den Schützengraben kommen können, da stellte sich rechtzeitig bei ihm ein altes Kervendeiden, die Angstschwäche, ein, und Hugo Bunzel, der große tapfer: Mann blieb erhalten. Verzeihlich schied er infolge seiner hervorragenden Verdienste aus Vaterland aus dem Heere und jetzt stürzte er sich mit Eifer in die Agitation zum Durchhalten bis zum letzten Untertropfen. Er schilderte, wie schön und ehrenvoll es für die anderen sei, den Tod fürs Vaterland zu sterben. Der Krieg ging schließlich zu Ende. Deutschland verlor ihn, und jetzt schuf Herr Bunzel ein neues „vaterländisches“ Werk, die deutschen Werkstätten für Wandgemäldkunst. Und — man höre und staune — im Jahre 1919 wollte er sich auf diese Weise auch geschäftlich an die Kaiserler heranmachen, die er einst als gelber Arbeitersekretär verdammt hatte. Die gute Konjunktur ließ sich aber nicht ausnützen. Hugo Bunzel konnte an der Kaiserler nichts verdienen, weil man auf seine Mitarbeit gern verzichtete. Hugo Bunzel mußte später wegen einiger Läden Diebstähle und Urkundenfälschungen vor dem Strafrichter erscheinen. Mit einigen Geldstrafen kam er davon, weil damals eine milde Praxis herrschte.

### Literatur.

#### Ein genossenschaftliches Handbuch.

Im Geo-Verlag in Prag hat Genosse Anton Dietl ein Handbuch für Genossenschaftsfunktionäre geschrieben und damit allen diejenigen, die in den Genossenschaften angestellt sind oder Funktionen bekleiden, eine höchst wertvolle Gabe dargebracht. Als Zweck des Buches wird in dem Vorwort angeführt: „... Unser Streben muß darauf gerichtet sein, alle, insbesondere aber die Genossenschaftsfunktionäre, mit ihren Aufgaben vertraut zu machen, ihnen Anleitungen für die Errichtung einer Genossenschaft und für den Verkehr mit den Behörden zu geben, um einerseits die gesetzlichen Verpflichtungen selbstständig erfüllen zu können, andererseits aber Schäden vorzubeugen, die aus einer ungenauen Beachtung beherrschender Vorschriften entstehen können. Dazu soll dieses Büchlein dienen.“

Diesem Zweck erfüllt auch das Buch. Es werden zunächst die wichtigsten Bestimmungen des Genossenschaftsgesetzes wiedergegeben, dann werden die Funktionen darüber belehrt, was das Handelsgesetz über die Führung von Geschäftsbüchern vorschreibt. Es wird dargelegt, wie man eine Genossenschaft gründet, wie der Genossenschaftler auf die Erfüllung aller gesetzlichen Vorschriften Bedacht nehmen muß. Weiters wird die sehr aktuelle Frage des Zusammenschlusses von Genossenschaften erörtert, das Lebensmittelgesetz und alle Verordnungen über den Lebensmittelhandel werden ebenso wiedergegeben, wie die Einkommensteuervorschriften. Ferner wird auf die Frage, wie man die Besteuerungsgrundlage ermittelt, eine erschöpfende Auskunft gegeben. Ueber die Gehaltspflicht werden die Genossenschaftler ebenso unterrichtet wie über die Steuerbelastung von Geschäftsbüchern. — Wie die übersichtliche Inhaltsangabe ergibt, sind in diesem genossenschaftlichen Handbuch nur Dinge aufgenommen, die in der Praxis benötigt werden. Wenn man daran denkt, welche große Schwierigkeiten einem genossenschaftlichen Funktionär entgegenstehen, wenn er eine Funktion in einem Konsumverein ausfüllen soll, dann wird man ermaßen, wie wertvoller Begleiter durch das G. Schrupp'sche Verlagsbuchhandlung und behördlicher Anordnungen dieses genossenschaftlichen Handbuch darstellt. Gerade in den Genossenschaften sind viele Funktionäre, die aus der Arbeiterklasse hervorgegangen sind und nicht eine auf Schulen erworbene kommerzielle Vorbildung besitzen. Alle diese werden mit Freude zu diesem Handbuch greifen. Darum sei mit Nachdruck hervorgerufen, daß sich Genosse Dietl durch sein Handbuch ein großes Verdienst um die Genossenschaftsbewegung erworben hat und allen Genossenschaftlern sei das Buch, welches 35 K kostet (Vorzugspreis für die Genossenschaften 24 K), wärmstens empfohlen. Sie werden es mit großem Nutzen lesen und verwenden.

#### Mitteilungen aus dem Publikum.

**Das Besie für Ihre Augen**  
liefert **Optiker Deutsch, Prag.**  
Graben 25, Kl. Baum.  
1922

250 K kostet ein Damenkleid aus reinwollener Cabardin, mit reichem Spitzenbesatz (Frauenklopp) bei Busch, Damen- und Badisch-Konfektion englos und en d'out, Prag, Rittopff 27 (Witte des Grabens), Großer Bazar — nur 1. Stock: keine Schaufenster. 1928

### Bildungsarbeit.

#### Die Parteibuchhandlung.

Die Parteibuchhandlungen, deren die sozialdemokratische Partei bereits einige besitzt, sollen neben der Presse dem Proletariat das geistige Aufsteigen für den Klassenkampf und für die Aufwärtsentwicklung liefern. Die Buchhandlung ist unzweifelhaft eine der Keimzellen der modernen Kultur. Bücher sind aufgeschwiebter Geist. Die Partei erfüllt daher eine ungewöhnlich wichtige Aufgabe, wenn sie Parteibuchhandlungen schafft und dafür Sorge trägt, daß dieselben ihre Aufgabe auch vollständig erfüllen. Diese Aufgabe besteht nicht im Bücherverkauf, sondern in der Verbreitung jener Literatur, die das Proletariat benötigt. Die privaten (bürgerlichen) Buchhandlungen sind das Ergebnis einer kapitalistischen Epoche, das Ergebnis einer möglichst großen Gewinn abzielenden Einrichtung. Mit ihnen haben wir weiter nichts zu tun, dafür aber umso mehr mit den Parteibuchhandlungen, die als ein Gradmesser der geistigen Höhe der organisierten Arbeiterklasse gelten können.

Es ist in der sozialdemokratischen Partei üblich, daß jede ihrer Einrichtungen kritisch betrachtet wird. Bei der Betrachtung der Parteibuchhandlungen ist zu prüfen, welchen Einfluß sie auf die Arbeiter bei Bücherkauf ausüben, welchen Inhaltswert sie haben und wie die Lokalitäten beschaffen sind, in denen sie untergebracht sind. Eine Buchhandlung, und in Parenthese, auch jede Konsumvereinsverkaufsstelle, sollte auf einem der schönsten Plätze oder der schönsten und belebtesten Straße der Stadt untergebracht sein. Leider ist dies nicht sehr häufig der Fall, weil entweder auf einem solchen Platze kein Lokal zu haben ist oder andere Gründe vorhanden sind. Für eine Parteibuchhandlung ist von vornherein die Entwicklungsmöglichkeit sehr enge begrenzt, wenn ihr kein entsprechender Verkaufsladen in einer belebten Straße zur Verfügung steht. Körperliche Nahrung wird auch aus einem in einer verdeckten Gasse befindlichen Verkaufsladen geholt, geistige Nahrung schließlich nur von demjenigen, der von dem Pflichtgefühl durchdrungen ist, nur in der Parteibuchhandlung zu kaufen. Große Auslagenfenster mit schön und reich eingerichteter Bücheranlage wird viele Käufer

anziehen, die sonst nicht in die Parteibuchhandlung kämen. Größere Ausgaben für Miete werden größeren Umsatz und höhere Einnahmen mit sich bringen.

Die in der Parteibuchhandlung beschäftigten Personen müssen das inhaltlich wertvolle Buch vom minderwertigen unterscheiden können. Ihre Aufgabe ist es ja, den Käufer mit sachverständigem Rat zu unterstützen. Der Arbeiter hat nur wenig Geld für Bücher auszugeben, er muß bescheiden sein und wenn er ein noch so großer Bücherfreund ist. Umso sorgfältiger muß er beraten sein und er darf sein Geld nie für ein minderwertiges Buch ausgeben. Es ist also von größter Bedeutung, daß die Verkäufer oder Verkäuferinnen in der Parteibuchhandlung literarisch und sozialwissenschaftlich genügend gebildet sind, um gut beraten zu können. Sie müssen aber auch die Psyche des Arbeiters kennen, der als Käufer eines Buches lange zögern wird, bevor er sich entscheidet. Der Verkäufer darf die Geduld nicht verlieren und darf am wenigstens von oben herab beschleunigen wollen, sondern muß sich als Freund zeigen. Sind diese Bedingungen erfüllt, dann wird die Buchhandlung ein entscheidender Kulturfaktor im Leben des Arbeiters werden. Die Buchhandlung ist Mittel zum Zweck, und Zweck ist der wissenschaftliche Sozialismus. Dies ist der Richtpunkt, nach dem die Tätigkeit und Einrichtung der Parteibuchhandlung zu streben hat.

### Kunst.

„Der Rusak“ von Karl Horst („Batoch“), ein Lustspiel, das bereits wiederholt über die Szene des Weinberger tschechischen Theaters gegangen ist, sehr einen Humoristen und Satiriker kennen, der sogar dem Weltkriegsgeschehen auf dem Prager Boden höhere und ironisch-lächerliche Seiten abzugewinnen weiß. Der „Rusak“ wurde von den Kleinen und Gefährten getragen; nur diese hatten es nötig, mit diesem wichtigen Instrument die Dörfer nach Lebensmitteln organisieren und die „Gefährten“, der Menge der Hinterlanddurchhalter, vermag Horst — vor allem durch die gelungenen Figuren der gut gezeichneten tschechischen Bourgeoisie — einigen, allerdings manchmal recht bitter klingenden Wit abzugewinnen. Er läßt diese Figuren der Prager Kleinbürger vor, wie sie bei gutbürgerlichen Bauern, verfolgt von Gendarmen und Spitzeln, Nahrungsmittel erbeteln und hamstern. Der Held des Stückes, der Smichowitzer Beamte Judka, wird durch das Aprovisionieren, auf dem Weg des Kriegsmachers geführt und durch Eiergeschäfte und Weitenhandel so reich, daß er die wählend seiner Rusakzeit so gekrierten Bauern vergißt und das Liebespiel seiner Tochter, die eben einem Bauernsohne ihr Herz geschenkt, im Stolz auf den gefüllten Magen und Geldsack vernichten würde, — wenn ihn nicht die österreichische Regierung zur rechten Zeit sein Eiermagazin in Karolinenthal „beschlagnahmte“. — Die Spitzeln des lustigen Schwantes richten sich gegen die Hände österreichische Regierung mit ihren Spitzeln und Kommissären, wie auch gegen die tschechischen Patrioten. Strnad als „Rusak“ bot eine gute Leistung. Dr. R. E.

Italienische Konzerie. (Mainardi. — Italienische Serenade.) Der Mailänder Mainardi, der am Samstag in der Produkthenbörse vor halbvollem Saale konzertierte, erwies sich als Cellist von Rang. Sein Spiel ist technisch ausgeglichen und vollkommen, sein Ton voll und weich, seine Auffassung vornehm und künstlerisch abgeklärt; auch in der Wahl seines Programmes beriet er, wenigstens in deren erster, auf den klassischen Ton gestimmten Hälfte, echtes Künstlerum. Weniger befriedigt hat der Begleiter Mainardis am Flügel, Herr Kapellmeister Z. a. Geradezu kunstverhöhrend wirkte das Konzerie der „italienischen Serenade“, einer Gesellschaft jingender, Mandoline und Gitarre spielender Damen und Herren, deren bescheidenes Können allenfalls für einen gemüthlichen Vereinsabend reichen mag, im öffentlichen Konzertsaal aber entschieden abgelehnt werden muß.

Neue Notizen. Der künstlerische Unternehmungsgeist der Prager Hudební Matice umblecke besetzt und ihre unermüdbaren Bemühungen um die Herausgabe neuer wertvoller Musikwerke ist in Wahrheit bewundernswürdig. Dieses heute unbestritten führende Musikverlagsunternehmen Prags hat die musikalische Öffentlichkeit diesmal gleich zu Beginn der Theater- und Konzertsaison mit einer größeren Anzahl gegebener Musikalien beschenkt, die geeignet sind, ihren Weg in die Konzertsäle und stilleren Pflanzstätten guter Hausmusik zu finden. Unter den Neuererscheinungen ist zunächst eine Sammlung prächtiger zweihändiger Klavierstücke von Ströckl S. n. unter dem Gesamttitle „Schulferien“ zu nennen, köstliche, im Schumann'schen Geiste geschriebene Stimmungsbilder aus dem Kinderleben, die bei ihrer leichten Spielbarkeit und melodischen Art hernien sind, die Herzen der Kleinen zu erobern und ihnen ungetrübte Freude zu bereiten; es ist Kinder- und Volksmusik edelster Art, aus der trotz ihrer einfachen sachlichen Fassung die Meisterhaftigkeit eines großen Künstlers spricht. Leo Janáček, der Nestor der tschechischen Lieddichter, anlässlich dessen 60. Geburtstages im heurigen Jahre die Hudební Matice eine zyllische Herausgabe seiner Hauptwerke plant, ist bei den letzten Neuerscheinungen mit Werken aus früheren Schaffensabschnitten vertreten. Ein stimmungsvolles, in dreifacher Sonatenform geschriebenes „Märchen“ für Violoncello und Klavier und vierklängliche Männerchöre liegen uns vor; ersteres mehr für den Konzertgebrauch als für Hausmusik geeignet, letzteres auch Gesangsvereinen bescheidenen Könnens dienlich. Die Uebersetzung ihrer Texte ins Deutsche stammt von dem Prager Dichter Max Brod und zeichnet sich durch richtige Erfassung des sprachfremden Rhythmus aus. Zwei bedeutende Musikverlagswerke hat auch die tschechische Matice in diesem Jahre durch die Verlagsanstalt Junge und rasch zur Weltberühmtheit gelangte Wiener Universal-Edition

erschienen lassen. Den prachtvoll gehaltenen zweihändigen Klavierauszug des neuesten Bühnenwerkes des Tschechen Leo Janáček zu seiner Oper „Das blaue Räucherlein“ und den vom Komponisten selbst bearbeiteten zweihändigen Klavierauszug der „Legende“ nennenden Oper „Das Rosenkästlein“ von Julius Bittner, die demnächst unter Alexander Zemlin's Leitung am Prager Deutschen Theater ihre Erstaufführung erleben soll.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Mittwoch „Einführung aus dem Strahl“; Donnerstag „Polenblut“; Freitag „Ariadne auf Naxos“; Samstag „Weiß im Purpur“; Sonntag halb 3 Uhr Staatsbeamten „Vetter aus Dingsda“, abends „Ariadne auf Naxos“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Mittwoch „Pariser Leben“; Donnerstag „Der Sprung in die Ehe“; Freitag „Pariser Leben“; Samstag „Premiere „Prosekt Unterbart“; Sonntag 3 Uhr „Frühlingserwachen“, abends „Prosekt Unterbart“.

### Turnen und Sport.

#### Falkenauer F. A. gegen „Stern“ Bihanten-Teplitz 3:1 (0:1).

Die Falkenauer Sportgenossen haben nun auch Teplitz im Spiele mit der Falkenauer Mannschaft sehen können. Das Bihanten-Teplitz die stärkste Mannschaft aus dem fünften Kreise ist, welche bisher in Falkenau gastierte, hatte das sonntägige Spiel gezeigt. Falkenau, das gegen H. S. R. Türmis 2:2 gegen Raich-Teplitz 5:1 und 10:2 und gegen Spielvereinigung Kuffig 0:1 spielte, betriebs durch dieses Resultat, daß es wohl zu den besten Mannschaften des Arbeiterverbandes gehört. Ein Spiel mit dem Bundesmeister „Gleichheit“ Weiskrahl wäre jetzt am Platze.

Das Spiel gegen Bihanten-Teplitz wurde sehr flott und äußerst fair geführt und kann der Mannschaft von Bihanten nur das beste Lob erteilt werden. Bei etwas mehr Glück hätte Bihanten ein „Unentschieden“ erröiden können; daß dies nicht errungen wurde, verdankt Falkenau auch ihrer Vereinigung mit dem Tormann Hamerl. Tore für Falkenau Jentl 2, Jisch 1 (Eismeyer), für Bihanten Koval 1.

### Verbreitet den „Sozialdemokrat“.

Herausgeber: Dr. Ludwig Ezech und Karl Cermak.  
Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Kiehnert.  
Druck: Deutsche Zeitungs-K.G., Prag  
Für den Druck verantwortlich: C. E. Witt.



### Krampladern

erfordern nicht nur eine feste Einschnürung des Fußes, sondern müssen auch vor Erschütterungen beim Gehen geschützt sein. Der richtige Schutz sind **BERSON Gummiladern und Gummiladern**, welche ein angenehmes, schmerzloses Gehen ermöglichen.

**Kalla's Fischkonserven**

werden wegen ihrer vorzüglichen Güte und ihrem feinen Geschmacke überall bevorzugt.

Verlangen Sie daher nur **Kalla's Fischkonserven** in allen Konsumvereinen erhältlich.